

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 30. Mai 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkonton: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Diktonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Neuer Kammersteg Poincarés.

505 gegen 67 Stimmen.

Paris, 29. Mai, 10 Uhr abends. (Ca.) In der heutigen Kammerdebatte über die Ruhrkredite kam es zu außerordentlich lebhaften Zusammenstößen zwischen Tardieu und Poincaré.

Poincaré stellte darauf die Vertrauensfrage in erweitertem Sinne, indem er verlangte, daß man nicht nur für die Kredite stimmen, sondern auch die Politik im allgemeinen gutzuheißen habe.

Paris, 29. Mai, Mitternacht. (Ca.) Nachdem in der heutigen Kammer Sitzung infolge des Austritts von Tardieu die Situation für die Regierung eine Zerknung sehr kritisch geworden war, verstand es Poincaré in einer mehr als einstündigen Rede, die Stimmung wieder vollkommen zugunsten seiner Auffassung zu wenden.

Aus dem Abstimmungsergebnis ist ersichtlich, daß auch die bürgerliche Klasse fast geschlossen für Poincaré gestimmt hat.

Paris, 29. Mai. (W.B.) Im Verlauf der Debatte über die Budgetmittel für den Monat Juni erhob der Abgeordnete Brulle Protest gegen den Senat und die Art, wie er das Budget bis jetzt berate, die auf eine Obstruktion hinauslaufe.

Das Mitglied der Rechten, Major Joffe, setzte trotzdem die Angriffe gegen den Senat fort und es entstand ein ungeheurer Lärm.

Ministerpräsident Poincaré versucht zu sprechen. Seine Worte gehen aber im Lärm unter, da außer dem Royalisten Daudet noch andere Mitglieder der Rechten den Abgeordneten Joffe ermuntern, in seiner Kritik des Senats fortzufahren.

Beratung über die Ruhrkredite

fort. Nächster Redner ist der Abgeordnete Blandin. Er tritt für die Bewilligung der Kredite ein und billigt die Ruhrpolitik der Regierung. Die Rebellion des Reiches (I) und seine Weigerung, den Vertrag auszuführen, müßten zum Vorwande genommen werden, die Aktion zu verstärken.

Der Führer der Radikalen Herriot erklärt: Wir verlangen, daß man in Deutschland unterscheidet zwischen denen, die keine Reparation zahlen wollen und denen, die von der Notwendigkeit, Wiederherstellungszahlungen zu leisten, überzeugt sind und die Befehlsgewalt realer Werte und die Annahme eines Befehles verlangen, durch das das Privatvermögen im Reich zu Reparationszahlungen zur Verfügung gestellt werde.

Der radikalste Abgeordnete Cheusi meint, daß eine Operation bezüglich der Bewertung des Ruhrgebietes, wie der Abgeordnete Blandin sie verlangt, nicht durchführbar sei.

Hierauf ergreift Tardieu das Wort, um zu erklären, er werde die Kredite für die Ruhraktion bewilligen, er müsse aber im Namen seiner Freunde einige Bemerkungen machen.

Die Aktion sei vollkommen berechtigt, sie müsse aber einen doppelten Zweck erfüllen: Herr des Willens des Reiches werden und Herr des Ruhrbedens. Es handele sich also einerseits um einen politischen und andererseits um einen wirtschaftlichen Erfolg, die beide voneinander untrennbar seien.

durch seine Reden die Aktion verkleinert. Allerdings gebe er zu, daß man den ungeheuren Charakter der Aktion nicht hätte voraussehen können.

Tardieu sagt, es sei klar, daß gewisse Erklärungen Briands im Senat die Aufgaben seiner Nachfolger nicht erleichtert hätten, worauf Briand erwidert, die, die den Feind mit seinen Fahnen hätten in die Heimat zurückführen lassen, hätten die Aufgabe seiner Nachfolger nicht erleichtert.

Attentat gegen die französischen Soldaten

im Ruhrgebiet. Poincaré behauptet, jedesmal, wenn derartige Angriffe erfolgten, würde geschossen und allgemein seien auch die Angreifer geißelt worden.

Schließlich bespricht Tardieu die Beschlagnahme der Kohlen- und Kohlenvorräte, von der er behauptet, sie sei nicht genug vorbereitet worden.

England winkt ab.

Die deutsche Sondierung unerwünscht.

London, 29. Mai. (W.B.) Reuters erfährt zu der bekanntlich (nach W.B. Red. d. V.) unrichtigen Meldung, über einen Besuch dreier deutscher Vertreter in London, die bei der englischen Regierung in der Reparationsfrage sondieren wollen, daß in maßgebenden Kreisen nichts darüber bekannt sei.

Diese Nachricht ist außerordentlich schwerwiegend, sie kann leicht weitere politische Folgen nach sich ziehen. Wenn jetzt offiziös bestritten wird, daß in London „Sondierungsversuche“ erfolgt sind, so läuft das auf einen Streit darüber hinaus, was man unter Sondierungsversuchen versteht.

Heute, Mittwoch, wird die Reichsregierung in der Reichskanzlei mit dem Auswärtigen Ausschuss des Reichsrates die außenpolitische Lage besprechen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dürfte bereits in den nächsten Tagen eine ausführliche kritische Betrachtung über das sogenannte Angebot der Industrie an die Reichsregierung veröffentlichen.

Die Vertreter der Landwirtschaft erklärten gestern Dienstag nachmittag dem Reichskanzler die grundsätzliche Bereitschaft, weitgehende Opfer auf sich zu nehmen, wobei die Voraussetzung ist, daß das Reparationsproblem endgültig gelöst wird.

Die nächste Plenarsitzung des Reichstages ist nunmehr endgültig auf Dienstag, den 3. Juni, nachmittags 3 Uhr, angesetzt worden. Auf der Tagesordnung stehen bisher die ersten Beratungen eines Spitzkartenergesetzes, des Gesetzes über die Ausgabe werbeständiger Schuldverschreibungen auf den Inhaber, einer Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Reichsversicherungsordnung.

Havenstein und die Mark.

Zu den Beratungen des Untersuchungsausschusses.

Millionen deutscher Volksgenossen leiden unter der wahnfinnigen Teuerung, die mit dem erneuten Sturz der Mark hereingebrochen ist. Man wußte — und der Reichsbankpräsident hat es in seiner Rede vom 23. April vor dem Zentralausschuß der Reichsbank öffentlich bestritten —, daß der neue Marksturz wesentlich mitverschuldet ist durch Treibereien der Spekulation im weitesten Sinne.

Herr Havenstein scheint für Tatsachen, die ihm un bequem sind, ein sehr kurzes Gedächtnis zu haben. Denn seit dem Erlaß der ersten Devisenverordnung vom Oktober vorigen Jahres gab es keinen Kaufmann, Industriellen und Bankier mehr in Deutschland, der das Alphabet beherrschte und für sich in Anspruch nehmen konnte, mit der Hamferei von Devisen „nur unbewußt“ gegen die Interessen der Gemeinschaft gehandelt zu haben.

Herr Havenstein scheint für Tatsachen, die ihm un bequem sind, ein sehr kurzes Gedächtnis zu haben. Denn seit dem Erlaß der ersten Devisenverordnung vom Oktober vorigen Jahres gab es keinen Kaufmann, Industriellen und Bankier mehr in Deutschland, der das Alphabet beherrschte und für sich in Anspruch nehmen konnte, mit der Hamferei von Devisen „nur unbewußt“ gegen die Interessen der Gemeinschaft gehandelt zu haben.

Davon weiß allerdings Herr Havenstein nichts. Er lehnt es nur ab, zum Eideshelfer gegen Spekulanten ausgerufen zu werden, die man persönlich kennt. Die Spekulation im allgemeinen verurteilt er natürlich, und die Äuguren von der Burgstraße lächeln.

Das ist ja das Unglück unserer ganzen Devisenpolitik. Der Reichsbankpräsident sagte nicht die volle Wahrheit, als er gestern mit Spitzfindigkeiten nachzuweisen versuchte, er habe den währungspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung keinen Widerstand geleistet. Das trifft nur zu für denjenigen Teil der Stützungsaktion, der seit dem Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet greifbare Formen angenommen hat. Die Bestrebungen aber, die Mark zu stützen, datieren nicht von heute und von gestern. Sie gehen vielmehr zurück bis in die Zeit der Erzberger'schen Reichsfinanzreform, sie lebten auf unter der Tätigkeit unseres Genossen Schmidt als Reichswirtschaftsminister. Es war im Jahre 1920, wo ein Teil der Industrie sich bereit erklärte, eine Gemeinschaftshaftung zur Aufnahme ausländischer Kredite einzugehen; die Sachverständigen stimmten damals dem Projekt zu, und es war die Reichsbank, die Seite an Seite mit den privaten Großbanken den Gedanken bekämpfte und eine Reichsvermögensbank für diesen Zweck als unmöglich erklärte.

Hätte der Reichsbankpräsident gestern wenigstens in dieser verzweifeltsten Situation eine Spur von Instinkt besessen für die Größe seiner Aufgabe: Millionen von Menschen, die Hunger und Not bedrohen, richteten ihre Augen auf die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses, weil man doch endlich einmal nach viereinhalb Jahren Valutaekends greifbare Ergebnisse im Kampfe gegen die Valutafikulation erwartet. Herr Havenstein hielt eine Rede treu den Traditionen des Bureaufürsten, der von 8—1 Uhr seine Pflicht tut. Der Ausschuss beschäftigt sich nämlich mit den Treibereien gegen die Markt, die die Stützungsaktion ins Wanken brachten und zunächst, am 18. April, den Dollarkurs von rund 22 000 auf rund 30 000 in die Höhe gehen ließen. Obwohl inzwischen der Dollar zeitweilig auf 65 000 hinaufgeklettert ist, obwohl die Reichsbank inzwischen Material in Hülle und Fülle sich hätte verschaffen können über die Vorgänge nach dieser Zeit, begann die Rede des Reichsbankpräsidenten mit der Schilderung der Vorgänge pünktlich genau seit dem Einmarsch der Franzosen bis wiederum pünktlich genau zum 18. April. Und die ganze Rede war angetan, die größten Vorwürfe gegen die Kurstreiber abzuschwächen. Herr Havenstein hat immerhin dargelegt, wie sehr der schlechte Ausfall der Zeichnungen auf die Dollaranleihe des Reiches den Kurs der Markt geschädigt hat. Schuld daran hatte natürlich nur die böse Entente. Kein Wort der Beurteilung war darüber zu hören, daß die Banken es unterlassen haben, für den Kampffonds des Reiches eine ernsthafte Propaganda zu entfalten; nur ganz allgemein bekamen die Devisenhamsterer ein laises Monium, das dahin lautete, überschüssige Devisen gehörten doch in der Zeit des Kampfes in die Kampffront und nicht in den Kasten.

Der Eindruck dieser Ausführungen war niederschmetternd. Nur einmal bligte ein Funken von Tatkraft auf, nämlich in dem Augenblick, als Herr Havenstein es von sich wies, die Käufe des Herrn Stinnes mit seiner Kritik gemeint zu haben. Mit diesen Männern ist keine Währungs-politik zu treiben. Diese Erkenntnis hat der erste Verhandlungstag des Untersuchungsausschusses zur Genüge verschafft.

Havenstein über die Stützungsaktion.

Untersuchung im Reichstagsausschuß.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Genosse Herz bittet um Auskunft über die Frage der Ruhrkredite

und ihren Einfluß auf den Devisenmarkt. Wie ist die Finanzierung der Ruhraktion erfolgt? Unter welchen Bedingungen und auf welcher Grundlage? Er verlangt weiter Auskunft darüber, inwieweit es der Finanzverwaltung bekannt ist, daß

Mittel aus der Ruhrfinanzierung zum Ankauf von Devisen und Effekten

benutzt worden sind und dazu, um an andere Personen, die nichts mit der Ruhraktion zu tun haben, zu höheren Zinsen weiterverleihen zu werden, zu höheren Zinsen, als die Kreditnehmer selbst bezahlt haben. Ferner verlangt Genosse Herz Auskunft über die Finanzentwicklung des Reiches seit der Ruhrbesetzung und ihren Einfluß auf die Stützungsaktion und die Devisenkurse. Die Regierung solle sich ferner äußern über das schlechte Ergebnis der Dollaranleihe,

welches Resultat sie selbst von ihr erwartet hat und auf welche Kreise sich die Zeichnungen verteilen. Er verlangt eine Vorlage, welche Gruppen und welche Personen der Industrie Dollarschahenweisungen gezeichnet haben und in welcher Höhe.

Der Leiter der Devisenbeschaffungsstelle tritt der Auffassung entgegen, daß von den Angestellten dieses Kontrollorgans die Geheimhaltung der Rechnungen durchbrochen wurde.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses zur Untersuchung der gegen die Markt gerichteten Treibereien gab Staatssekretär Schröder auf die Anfrage des Genossen Herz zu, daß selbstverständlich das Anwachsen der schwebenden Schuld und die Vermehrung des Schwulstes die Aktion der Regierung im Ruhrgebiet erschwerete. Daher sei auch innerhalb der Reichsverwaltung eine möglichst strenge Einschränkung der Ausgaben

des Reiches versucht worden, aber diese habe ihre Grenzen in der dadurch vermehrten Arbeitslosigkeit. Immerhin sei schon im April die Vermehrung der schwebenden Schuld erheblich geringer gewesen gegenüber dem März mit 3 Milliarden. Bei der Gewährung von Krediten durch die Reichsbank sei ein Mißbrauch in einzelnen Fällen natürlich nicht ausgeschlossen, doch seien dem Reichsfinanz- und dem Reichswirtschaftsministerium nichts von solchen Fällen bekannt geworden. Ueber die Beteiligung der einzelnen Zeichner an der Dollaranleihe vermag die Reichsregierung keine Auskunft zu geben, da die Banken die Einzelzeichnungen als Geschäftsgeheimnis bewahren.

Nach weiteren unwesentlichen Erörterungen ergreift

Reichsbankpräsident Havenstein

das Wort.

Als die Reichsbank auf Anregung des Reichsfinanzministers sich im letzten Drittel des Januar mit der Frage der Markstützung beschäftigte, war es der Reichsbank wie der Reichsregierung klar, daß es sich um eine dauernde Stabilisierung nicht handeln konnte. Wir waren uns aber auch darüber klar, daß es sich um eine absolute politische Notwendigkeit handelte. Alle Erörterungen der Presse darüber, die Reichsbank hätte irgendwelchen Widerstand geleistet gegen die Aktion, gehören in das Gebiet der Legende. (Als die Stützungsaktion früher von ihr gefordert wurde, hat die Reichsbank Widerstand geleistet. Red.) Die Reichsbank war nicht einen Augenblick zweifelhaft, daß ihre Reserven eingeleitet werden müßten, wenn die politische Notwendigkeit vorlag. Als Ende Januar in vier Börsentagen mit einem Kurse von 27 000 bis 31 000 der Dollar rapide in die Höhe ging und bis auf 40 000 sprang, war das für mich der klare Ausdruck dafür, daß jetzt

keine normalen Verhältnisse mehr

auf den Kurs drückten, sondern eine Panik im Aus- und Inlande und eine ganz außerordentlich starke Spekulation.

Dieser Entwicklung gegenüber wurde beschlossen, jetzt mit scharfen Mitteln einzugreifen, und die Aktion setzte Anfang Februar sofort mit dem Erfolg ein, daß der Dollarkurs bis zum 14. Februar auf 23 000 herabgedrückt werden konnte. Er ging ohne unsere Einwirkung sogar bis auf 18 000 zurück. Weitere Versuche, ihn herabzudrücken, wurden aber wegen der großen Opfer eingestellt, so daß er wieder auf 22 000 und 23 000 heraufging und sich auf dieser Linie hielt den ganzen März hindurch. Inzwischen stellte sich heraus, daß sich der Ruhrkampf länger hinziehen würde, und man dachte daran, die Mittel für die Stützungsaktion aus den Devisenreserven des deutschen Volkes zu verstärken. Das ließ in der Reichsfinanzverwaltung den Gedanken entstehen, eine Anleihe von Goldschahenweisungen gegen Devisen aufzulegen, und die Reichsbank hat diesen Gedanken sofort begrüßt, sie war bereit, ihre Garantie dafür zu versprechen. Wenn wir nun aber auch die Devisenbestände der deutschen Wirtschaft nicht allzu hoch einschätzten und auch überzeugt waren, daß der überwiegende Teil der Devisenbestände des deutschen Volkes für die Einfuhr und die Fortführung der Produktion notwendig war, so haben wir doch geglaubt, erlauben zu dürfen, daß doch der Großhandel und das Kapitalistenpublikum, das Noten gehamstert hatte, Verständnis dafür haben würden, daß diese Devisen, soweit sie nicht absolut gebraucht wurden, in dem von der deutschen Regierung und dem deutschen Volke geführten Erntekampf nicht in die Kassen, sondern in die Kampffront gehörten.

In dieser Erwartung sind wir allerdings getäuscht worden.

Ich und mit mir sehr viele durchaus nicht von besonderem Optimismus behaftete Männer hatten doch erwartet, daß aller- mindestens die Hälfte der aufgelegten Anleihe, allerseits erheblich mehr gezeichnet werden würde. Statt dessen wurde ungefähr ein Viertel gezeichnet. Wenn der Sturz der Markt vom 18. April im wesentlichen der Schwereindustrie zur Last gelegt worden ist, so ist dieser Vorwurf durchaus unberechtigt. Sie wissen, daß zu derselben Zeit gerade wieder von Seiten Frankreichs und Belgiens weitere Bedrohungen Deutschlands erfolgten, daß insbesondere von Frankreich der deutschen Regierung das Recht zum Auflegen einer Goldschahenleihe überhaupt bestritten wurde. Diese französische Politik wirkte dahin, daß die Ansicht weiten Raum gewann, daß die Stützungsaktion nicht sehr lange mehr durchgeführt werden könnte. Diese Ansicht war natürlich durchaus unberechtigt, aber sie war verbreitet, zumal, da der Kampf Frankreichs nicht um die Reparationen zu gehen schien, sondern um die Verrichtung oder die dauernde Lohmung des Deutschen Reiches und der deutschen Wirtschaft. Es ist charakteristisch, wie diese Stimmung und diese Ansicht verstärkt wurde durch den Ausfall der deutschen Devisenleihe. Fast mit dem Tage, an dem das geringe Ergebnis der Anleihe klarlag, setzte der neue Ansturm

auf dem Devisenmarkt ein. Die Zeichnung war vom 12. bis 24. März. Schon in den nächsten Tagen fixierte sie sich durch, daß der Erfolg hinter den Erwartungen zurückgeblieben sei. Am 29. März erschien das amtliche Kommuniqué, wonach nur die Hälfte des garantierten Betrages, also ein Viertel der ganzen Anleihe gezeichnet wurde. Das hat das Vertrauen auf eine lange Erhaltung der Stützung und auf eine in absehbarer Zeit erfolgende Lösung des ganzen Reparationsproblems geschwächt und das Mißtrauen des Inlandes und Auslandes hervorgerufen. Schon am 28. März zeigte ein leibdem ununterbrochen fortwährendem Ansturm auf dem Devisenmarkt ein. Das Ausland beruhigte sich nach wenigen Tagen, nachdem es kolossale Summen von Markt auf den Markt geworfen hatte. Aber im Inland setzte sich ununterbrochen dieser gewaltige Ansturm auf dem Devisenmarkt fort, so daß von sehr weiten Kreisen der deutschen Wirtschaft und des Publikums die Stellung gewechselt wurde und sie wieder in erster Linie an sich dachten, ohne zu bedenken, daß sie damit — nicht bemerkt, diesen Vorwurf erhebe ich nicht —

den Kampf schwächten,

der nur gemeinsam mit Einsatz aller Kräfte durchgeführt werden kann. Vorweg möchte ich betonen, daß, wenn ich von der reinen Spekulation absehe, die sich ja immer für berechtigt hält, das Gewissen aus dem Geschäft herauszulassen und in der Spekulation ein berechtigtes Lebens- und Geschäftsinteresse unter allen Umständen sieht, ich meiner Ueberzeugung dahin Ausdruck geben muß, daß es ein Unrecht ist, diesen Ansturm irgendeiner einzelnen Wirtschaftsgruppe oder einzelnen Menschen besonders zur Last zu legen. Die Summen sind so gewaltig, daß sie beweisen, daß von allen Seiten oder von fast allen Seiten der deutschen Wirtschaft

Gedante an das Eigeninteresse in den Vordergrund gestellt

wurde und jeder das Bestreben hat, namentlich weit über den Bedarf der unmittelbaren nahen Zukunft hinaus sich einzubeden für die weitere Zukunft auf Vorrat oder für abgestohene Devisen neue zu erwerben. Diese Ueberzeugung habe ich im Zentralausschuß am 23. April ausgesprochen mit voller Ueberzeugung und Bewußtsein. Wenn ich aber in der Presse zum Eidesbeifer dafür gestempelt worden bin, daß ich einzelne Tatsachen im Auge hatte, namentlich einzelne Vorwürfe, die in der Presse gegen einen unserer ersten Wirtschaftsführer erhoben worden sind, so kann ich hierauf nur bemerken, ich habe doch bereits in der Deutschen Allgemeinen Zeitung dementiert und kann auch hier nur bezeugen, daß meine damaligen Feststellungen sich in keiner Weise gegen einen Einzelnen oder eine einzelne Gruppe gerichtet haben, sondern gemacht worden sind auf Grund unserer allgemeinen Wahrnehmungen und Beobachtungen bei der Börse und sonstigen Geschäftsstellen. Vor allem lassen sich die gewaltigen Zahlen des Devisenansturms nicht anders erklären als durch die allgemeine Panikstimmung oder Unbereitschaft um das Ganze oder Hervorkehrung des eigenen Interesses. Damals im Zentralausschuß habe ich die Pressedurcherungen über den Einzelfall gar nicht gekannt. Ich lehne es also ab, Eidesbeifer für eine solche Einzelthat zu sein. Unsere Ueberzeugung beruhte auf allgemeinen Wahrnehmungen und Tatsachen. Der Reichsbankpräsident möchte hierauf vertrauliche Mitteilungen über die Summen, die die Stützungsaktion der Reichsbank erfordert hat. Die Stützungsaktion und die Kreditgewährung durch die Reichsbank sei durchaus notwendig gewesen, um nicht überhaupt die deutsche Produktion und die deutsche Wirtschaft zum Erliegen kommen zu lassen. Den Kreditnehmern gegenüber habe man Vertrauen walten lassen können. Die Betriebe hätten Kredite nötig gehabt, um Löhne, Betriebskosten usw. aufbringen zu können. Die zahlreichen Beschwerden über die Ungherbarkeit der Reichsbank in der Kreditgewährung seien ein Beweis, daß die Reichsbank darin nicht zu weit gegangen sei. Das Vorgehen der Reichsbank im ganzen sei erforderlich gewesen, um den passiven Widerstand an der Ruhr aufzubrechen.

Auf einen Einwurf des Abg. Frölich (Komm.), daß der Reichsbankpräsident früher gesagt habe, daß weite Kreise sich nicht nur für ihren augenblicklichen Bedarf, sondern auch auf Vorrat mit Devisen eindeckt hätten, erwidert Reichsbankpräsident n. Havenstein, daß man allerdings bei dem großen Ansturm auf diese Ueberzeugung gekommen sei, daß er es aber ausdrücklich ablehnt, einzelne Daten darüber anzugeben. Darauf verlagte sich der Ausschuss. Die nächste öffentliche Sitzung ist noch nicht bestimmt.

Frankreich borgt Geld an Rumänien — für Rüstungszwecke!

Zu Beginn der gestrigen französischen Kammer Sitzung wurde mit 420 gegen 115 Stimmen ein Kredit in Höhe von 100 Millionen Frank für Rumänien bewilligt. Die Sozialisten, Kommunisten und ein Teil der Radikalen stimmten gegen diese Kredite, die ein- gestandenermaßen nur Rüstungszwecken zugute kommen werden.

Kleiner Briefwechsel.

Von Eff Kab.

I.

Sehr geehrtes gnädigstes Fräulein!

Wo ich Sie nunmehr dreimal auf den Breibern gesehen habe, die die Welt bedeuten und nur dazu da zu sein scheinen, den Zauber Ihrer Wüchsigkeit zu entfalten, kann ich es nicht mehr zurückhalten. Ich bitte Sie daher allerhöchlich, mir in den nächsten Tagen Gelegenheit geben zu wollen, Ihnen meine Bewunderung über Ihre künstlerische und körperlichen Qualitäten mündlich auszusprechen zu dürfen.

Tellen Sie mir doch bitte mit, wo und wann das vor sich gehen darf!

An ergebenster Herzlichkeit

Damian Stiefe

Fette en gros u. en detail.

II.

Sehr geehrter Herr Stiesel

Ich habe lange gezögert, Ihnen so äußerst freundlichen Brief überhaupt zu beantworten. Aber der geistreiche und dabei so formlos freundliche Gehalt Ihrer Zeilen lassen mich einen Mann von selten klugem und dabei liebem Charakter in Ihnen vermuten. Ich bitte Sie daher, mich morgen um 11 nach dem Theater in der Kalahari-Diele am Promenadenweg erwarten zu wollen! (Dritte Wiederkehrerische!!!)

Ich freue mich schon und bin gespannt auf meinen unbekanntem Freund, den ich grüße.

Sehr herzlich

Via Gongazola,

Mitglied der Barockbühnen.

III.

Liebe Marial

Machen Sie sich sofort fertig und kleiden Sie sich aus meiner Garderobe ein. Besen Sie den besitzenden Brief eines Herrn Stiefe. Ich möchte dem Stiefel eine Lehre geben. Ich habe ihn für 11 in der Kalahari-Diele bestellt. Dritte Rische! Also eilen Sie, gehen Sie hin und buttern Sie Stiefe ein! Ziehen Sie ihm das Fell ab und dann lassen Sie ihn laufen. Ich werde mit dem Erwin und einigen Freunden das Spiel mit ansehen. Bitten Sie doch Erwins Garderobenfrau, sie möchte Sie die halbe Stunde vertreten. Und eilen Sie!

IV.

Lieber Karle!

Nu lies ma schnell den Brief, den meine Gnädige mir eben in die Garderobe geschickt hat. Ich hab im Adreßbuch nachgesehen. Bohnen tut er in der Prinzenallee. In einer Villa. Ganz allein.

Was häßste davon? Den könnte man doch einbuttern! Wo wir doch das viele Geld zur Hochzeit und Einrichtung so gut gebrauchen könnten! Also komm man um 11 in die Diele und tue so, als ob Du mich nicht kennst! Auf Wiedersehen und Hals- und Beinbruch. Deine Marie!

V.

Lieber Fritz!

Also ich muß Dir die traurige Mitteilung machen, daß ich unter keiner Bedingung morgen zu dem Junggesellenausflug mit dem Regellklub mit kann. Ich werde jedoch durch ein pikantes sogenanntes erotisches Erlebnis davon abgehalten. Sie ist eine feine Dame von Weis und eine unserer ersten Künstlerinnen. Sie war erst was spröde. Aber dann ist sie aus sich herausgegangen und jetzt hat sie mir sogar in ihr Zubuaby eingeladen. Aber da hab ich ihr gesagt, daß ich eine ganze Villa habe und daß das doch viel schöner bei mir dann wäre, worauf sie nu gleich mit mir gehen will. Mensch, wird das eine Nacht! Ich muß ihr doch gut gefallen, wenn sie meinnetwegen ihr Abendessen bei ihrem Verlobten aufgegeben hat und ihm untreu wird!

Auf in den Kampf! Sag dem Regellklub Bescheid!

Dein Lohrehero!

VI.

Lieba Edel!

Also ich nehme Abschied von Dir. Wa fahren heute fort, nämlich meine Braut, die kesse Marie, wo doch bisher Jorderobenfrau bei der varideten Gangazola war, und ich! Und nach Amerikal! Wa haben Dollars bis zum Vorenden! Marie hat Diamanten und Perlen! Ich hab mir neu eingekleidet. Wir haben einen ollen Hengst, der wieder mal uff die Liebe rinnefallen ist, die Bude jeräumt. Nu lisch a da und träumt. Wa haben ihm wa! Kots gegeben! Aber ich wollt Dir wenigstens noch Lebwohl sagen! Uff Wiedersehen. Dein oller Pennbruder Karle!

In Anlage ein Hundertdollarschein von Deinem treuen Karle!

Die deutsche Philologentagung in Würzburg.

Wenn auch Neuerungen auf dem Gebiete des Schulwesens nicht gerade von Tagungen der zünftigen Schulmänner ausgegangen sind, so ist doch zweifellos, daß solche Tagungen viel zur Klärung neuer Ideen beigetragen haben, wenn einflussvolle Führer sich dieser Ideen bemächtigen. Und weiter besteht kein Zweifel darüber, daß auch die besten Ideen nicht hinter ihnen stehen. Deshalb hat die diesjährige Tagung des Deutschen Philologenverbandes in Würzburg, der jetzt rund 30 000 Philologen, d. h. fast die Gesamtheit umfaßt, auch für die Leser des „Vorwärts“ Bedeutung. Wenn der Vertreter des bayerischen Kultusministeriums, Dr. Weiber, am Vorabend der Tagung ausführte, das bayerische Ministerium lehne jede weitergehende Reform, ja selbst die Einführung der deutschen Oberschule oder der Aufbauschule, die Neuordnung der Lehrerbildung grundsätzlich ab und warte, bis die Versuche der anderen deutschen Länder in diesen Fragen eine Klärung herbeigeführt haben, so war inter-

essant, aus dem Mund des zweiten Vorsitzenden des Deutschen Philologenverbandes zu hören, daß dieser Stillstand Bayerns und anderer deutscher Länder nicht ohne weiteres dem Standpunkt des Verbandes entspreche, da die verschiedene Entwicklung des höheren Schulwesens in den einzelnen Ländern zu einer Zersplitterung führen müsse.

Darüber hinaus muß sich der Verband wehren gegen die übermäßige Erhöhung des Schulgeldes, eine finanzpolitische Maßnahme, die ganz überflüssig, daß bei der ungeheuren Steigerung der Kulturausgaben der durch das Schulgeld aufgebrauchte Betrag fast gar nicht mehr für die Deckung der Ausgaben in Betracht kommt. Im Zusammenhang damit steht die Forderung der Schulgeld- und Vermittlung für die höheren Schulen, wenigstens solange die Volksschulpflicht besteht. Eine besondere Rundfrage des Verbandes wird alle Hilfsmittel zusammenstellen, die bisher von einzelnen Schulen gefunden worden sind. Das Material wird den Regierungen zur Kenntnis und Bewertung zugehen.

Rein schulpolitisch erfordert die Neuordnung der Lehrerbildung, zu der sich der Verband schon vor der Reichsschulkonferenz grundsätzlich zustimmend geäußert hat, verstärkte Aufmerksamkeit. Das gleiche gilt von den Versuchen, die mit der Gabelung der Oberstufe, mit der Deutschen Oberschule und der Aufbauschule gemacht werden. Besonders schwierig aber liegt die Frage des Reformunterbaues, der sich in verschiedenen deutschen Ländern mehr und mehr durchgesetzt hat. Wir haben keine Veranlassung, die Frage: Englisch oder Französisch, im gegenwärtigen Zeitpunkt gefühllos zu entscheiden, aber sehr wohl ein Interesse daran, daß sie überhaupt entschieden und dem Zustand ein Ende gemacht wird, daß jeder Ort oder gar jede Schule sich für die eine oder die andere der beiden Sprachen entscheiden kann. Von Rücksichtnahme auf die Interessen der Eltern, die gezwungen sind, beim Wohnungswechsel ihre Kinder in eine andere Schule zu senden, kann man dabei nicht mehr sprechen.

Neben den reinen schulpolitischen Fragen beschäftigen den Verband die Sorgen für den Lehrernachwuchs. Die Junglehrerzeit fehlt auf keinem Verbandstage irgendeiner Lehrervereinigung. Auch die Studienassessoren haben noch nirgends in deutschen Ländern die rechtliche und wirtschaftliche Sicherung erreicht, die ihnen zu wünschen wäre. Aber auch die pädagogische Ausbildung der Referendare und der Studenten muß genau geprüft und gegebenenfalls neu geregelt werden. Schon heute bezeichnet die übrige Lehrerschaft die pädagogische Ausbildung der Philologen als nicht genügend.

Allerdings ist nicht damit zu rechnen, daß der Zugang zu der Philologenlaufbahn weiter so stark ist wie heute oder in den letzten Jahren. Denn die Befolgung der Philologen entspricht keineswegs den realen Verhältnissen. Man muß immer bedenken, welche Opfer an Zeit, Arbeitskraft und Geld das Studium erfordert, welchen Idealsinnus besonders die Lehrerbildung verlangt. Der Verband beschränkt sich aber nicht auf die Forderung der höheren Entlohnung, er sucht darüber hinaus nach Mitteln, wie die deutsche Volkswirtschaft in den Stand gesetzt werden kann, diese erhöhte Beamtenbezahlung zu tragen. Ein eigener Ausschuss ist mit der Prüfung dieser alle Berufe berührenden wichtigen Frage betraut worden. In zwei Entschliessungen wendet sich der Vorstand gegen die Ueberfremdung des deutschen Bodens und gegen die Verdrängung der Jugend durch übermäßigen Alkoholgenuss.

Cuno, Stresemann, Stinnes, Lensch.

„Wenn sich die Herren beschließen, müssen die Diener sich morden und töten.“ Herr Lensch hat in Stinnes' Diensten Stresemann und Cuno angerepelt, er muß sich jetzt von der völkspartei-offiziellen „Zeit“ sagen lassen, daß gerade die Zeitung der „D.N.Z.“ sich am wenigsten dazu eignet, der Deutschen Volkspartei gegenüber den Jenfor zu spielen. Jene „gesuchten Bosheiten“ würden daher völlig ohne Eindruck bleiben. Herrn Cuno habe sie „durch ebenso taktlose wie sachlich ungerechtfertigte Bemerkungen persönlich angegriffen, wie es überhaupt ihre Art sei, gerade dann Pfeile gegen die Regierung abzuschleßen, wenn es im vaterländischen Interesse liege, die Autorität der Regierung zu härten.“

Stellen wir fest: Stinnes hat seinen Lensch gegen Cuno und Stresemann losgelassen. Zur Geschichte der nächsten Kanzlerkrisis ist das vielleicht ein nicht ganz unwichtiger Beitrag.

Bayerisches Recht.

München, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Urteil in dem Prozeß wegen Bondfriedensbruch (Plünderungen und Zerstörungen im Hotel Grünwald) ist insofern überraschend, als die beiden als Rädelsführer bezeichneten Leiter von nationalsozialistischen Hundertschaften Heines und Ludowicz freigesprochen wurden. Bevor der Gerichtshof sich zurückerklärte, erklärten diese beiden Jünglinge in schnarrendem Tone des ehemaligen Leutnants auf ihr Offiziersehrenwort, daß sie unschuldig seien. Es war nicht zu verkennen, daß diese Art des Auftretens auf den Vorhänden des Gerichtshofes erschütternden Eindruck machte. Der Freispruch wurde mit nur wenigen Sätzen begründet, u. a. „Keinem dieser beiden Angeklagten ist nachzuweisen, daß sie das Hotel zu anderen Zwecken als zur Verhinderung der Eingedrungenen betreten haben.“ (!) Die übrigen sechs Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von zwei bis sieben Monaten verurteilt. Die milde Strafe sei deswegen ausgesprochen worden, weil diese Leute nur als Mitläufer in Betracht kämen, die von Unbekannten verführt worden seien.

Der Schaden, den die Nationalsozialisten im Hotel Grünwald anrichteten, betrug nach dem Geldwert im Januar 6 Millionen Mark. — Bei einer nationalsozialistischen Versammlung in Augsburg am 2. März kam es zu einer Krawalle, bei der für etwa 650 000 M. Schaden angerichtet wurde. Wegen dieses Eggesses hatten sich sieben Personen vor dem Volksgericht zu verantworten. Drei Angeklagte wurden zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Sie gehörten nicht der Nationalsozialistischen, sondern der kommunistischen Partei an.

München, 29. Mai. (M.Z.) Das Staatsministerium für Justiz hat beim Landtag um die Genehmigung zur Verhaftung des kommunistischen Abgeordneten Eisenberger nachgesucht, gegen den ein Verfahren wegen Landesverrat schwebt. Am Geschäftsordnungsausschuß wurde mitgeteilt, daß Eisenberger sich der Strafverfolgung durch die Flucht entzogen und sich wahrscheinlich nach Kraslaw begeben hat. Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtags erteilte mit den Stimmen der Bürgerlichen die Genehmigung zur Verhaftung Eisenbergers.

Befahrungschronik.

Eberfeld, 29. Mai. (Eig. Drahtbericht.) In Gladbeck wurde auf einen belgischen Posten von zwei jungen Burschen geschossen. Der belgische Posten, der unversehrt blieb, gab Feuer und verlegte einen seiner Angreifer. Beide wurden festgenommen. Es wurde Dynamit bei ihnen gefunden. Die Verhafteten gaben zu, daß sie Sprengungen ausführen wollten. Am Tage zuvor wurden ebenfalls zwei junge Burschen verhaftet, die sich mit dem Plane trugen, Sprengungen vorzunehmen.

Zur Förderung einer friedlichen Lösung der Wiederaufbau- und Schadenersatzfrage hat sich ein niederländischer Ausschuss gebildet, dem zahlreiche Männer des öffentlichen Lebens angehören.

Diese Förderung weist über die reinen Standes- und Schulfragen hinaus auf die Verpflichtung eines so großen Berufsverbandes hin, Stellung zu nehmen als ein wichtiger Teil der Volksgemeinschaft zu Fragen, die das ganze Volk allgemein berühren. In diesem Zusammenhang ist die Aufnahme der österreichischen Mittelschullehrer in den deutschen Philologenverband zu erwähnen. Mit dem Anschluß der deutschösterreichischen Mittelschullehrer hat der deutsche Philologenverband einen hochbedeutenden Schritt getan, um so mehr, als der Anschluß sofort praktisch durch einen gutorganisierten Austausch von Lehrern und Schülern unterstützt wird, der seine Wirkung auf die Förderung des politischen Anschlusses wohl nicht verfehlen wird. B. . . .

Ein neuer Geiger. In dem gastfreundlichen Heim des tschechoslowakischen Gesandten Lufar und seiner Gattin versammelte sich gestern ein Stab von namhaften Männern der Politik, Diplomatie und Kunst zu einer Lesung. Der gesellschaftlichen Unterhaltung folgte das Auftreten eines Geigers, der berufen scheint, die Tradition der Virtuosen großen Stils fortzuführen: Bala Priboda. Es wäre zu wenig gesagt, wenn man nur an seine Verwandtschaft mit dem Hegenmeister Kubelk erinnerte. Tatsächlich wird das technisch schwerste Stück der geigerischen Virtuosenliteratur, Bazzinis „Ronde de Lufius“ unter diesem eleganten, schwebenden, absolut sicheren Bogen und in der Trefflichkeit der linken Hand leicht und selbstverständlich gespielt. Im Bogenspiel zeigt er auf einer nicht einmal bedrückenden Weise Sinnlichkeit und Wärme des Tones, der selbst Rückstellungen überbrückt. Ob Priboda ein großer Künstler im höchsten Sinne ist, das wird er an anderen Programmen erweisen müssen. Das einzig großartige Stück der Vortragsfolge, Beethovens „Kreuzersonate“, mußte der vorgeschrittenen Zeit zum Opfer fallen. Alles Gehörte aber konnte zugunsten eines außergewöhnlichen Geigenphänomens von spezifischer Hochbegabung ausgelegt werden; und dieses Debüt dürfte Lusthaft zu Konzerten in großem Rahmen sein. Die Begleitung des Künstlers führte Seidler-Winkler ohne Vorbereitung routiniert durch. R. S.

Vorträge. Am Donnerstag 8 Uhr findet im Hörsaal 28 der Universität die erste Veranstaltung der Berliner Freikundentagung in diesem Semester statt. Prof. Dr. Sedel spricht über „Die Hochschulen des Mittelalters“. Gäste willkommen.

In der Staatsoper beginnt der Verkauf zu der am Sonnabend zum Besten der Verb. Spiel- und Sportklub des Oberbürgermeisters Hg stattfinden. Tickets zu 500.- M. — Aufführung Mittwoch an der Kasse.

Im Kessing-Theater geht in Abänderung des Spielplans am Mittwoch „Der Genuß“ „Haut“ in Szene.

Ilse Schöne-Schur, die Gattin des untergegangenen Dichters Ernst Schur, ist in Kreide gestorben. Wie ihr Mann, der im „Vorwärts“ jahrelang künstlerischen Schrieb, hat sie unsere Leser durch ihr künstlerisches Talent oft erfreut. In den Wochenschriften und in der „Neuen Welt“ hat sie sich als begabte Zeichnerin betätigt. Auch als Malerin und Kunstgeweblerin ist sie vielfach hervorgetreten.

Eine „Kunstkavale“ eröffnen die Maler Hans Böttcher, Hermann Rautenberg, Erich Senf und A. Tamara am 2. Juni im Hause Baisestr. 18. Malerei, Graphik, Plastik und Dichtkunst sollen hier ein Bild zeigen.

Entspannung im Ruhrgebiet.

Nach einheitlichen Meldungen hat sich die Lage im Ruhrgebiet gebessert. Die Nachricht von den Lohnaufbesserungen, die sich übrigens in durchaus mäßigen Grenzen halten, hat beruhigend gewirkt und die Arbeit ist zum Teil wieder aufgenommen worden. Man wird abwarten müssen, ob die Unruhe im Ruhrgebiet damit ihr Ende erreicht hat, ohne sich einer Illusion darüber hinzugeben, daß die Flammen von neuem aufflackern können, wenn die Spanne zwischen Lohn und Lebenshaltungskosten wiederum übermäßig groß wird. Die Ereignisse sollten für Arbeitgeber und Händler eine ernste Mahnung sein. Es ist ein Unding, vom Arbeiter zu verlangen, auf angemessene Lohnsteigerungen zu verzichten, während die Preise täglich (und manchenorts sogar stündlich) mit dem Dollar in die Höhe klettern. Es wird also ratsam sein, auf der einen Seite die Löhne in nicht zu großen Abständen den Teuerungszahlen folgen zu lassen und auf der anderen Seite die Preise der dringlichsten Waren nicht blind jedem Dollarsprung in übereiletem Tempo folgen zu lassen. Im Ruhrgebiet ist man jetzt daran, zwischen Landwirt, Händler und Käufer beratende Instanzen zu bilden. Auch das hat zur Beruhigung viel beigetragen. Aber was für das Ruhrgebiet gilt, hat auch für das Reich Geltung. Ein wenig mehr praktisches Verständnis für die Nöte des Volkes tut dringend not, und man hat bisher noch nicht gehört, daß ein Landwirt oder ein Händler infolge zu geringen Verdienstes gestorben ist.

Sehr viel Unheil und Verwirrung hat in diesen Tagen die heillose Angst eines Teils des Bürgertums vor dem roten Schrecken der Kommunisten angerichtet. Dieser rote Schrecken ist ein Popanz, solange der Arbeiter auch nur halbwegs etwas zu beißen hat. Man kann sich über die Haltung des Arbeiters in diesen überaus schweren Monaten wahrhaftig nicht beklagen, und gerade die Kreise, die in den letzten Tagen das Aufrührergespinnst nicht schwarz genug ausmalen konnten, hatten bisher das Verhalten der Arbeiterschaft an der Ruhr dem übrigen Deutschland als Muster hingestellt. Grund für die Verwirrung war eine Berichterstattung, die sich darin gefiel, die Geschehnisse ins Makabre zu übersteigern. Was wurde nicht alles über blutige Straßenkämpfe und zahlreiche Todesopfer in alle Winde telegraphiert, wie fielen die Zeitungen mit Sensationsüberschriften über die Passanten her, in denen die Zahl der Streikenden auf zwei Millionen angegeben wurde, wie grauslich konnte einem bei einer amtlichen Meldung werden, in der für den Montag der Höhepunkt des „kommunistischen Terrors“ angekündigt wurde! Nun bläst man plötzlich friedlichere Schalmeyen, es wird amtlich festgestellt, daß im ganzen Ruhrgebiet nur 300 000 Bergarbeiter beschäftigt sind, es wird aus Bochum gedrahtet, daß die Gesamtzahl der Todesopfer nur sechs beträgt, und eine Stelle, an der vor 24 Stunden noch eine nicht geringe Aufregung herrschte, hält nunmehr die Angelegenheit für erledigt.

Wir sind nicht ganz so optimistisch. Es gibt noch verschiedene Klippen zu umschiffen. Vor allem wäre es unsagbar töricht, wenn man in der Frage der Bezahlung der Streiktagelöhne wieder einmal den heiligen Bureausrat mit dem Knüttel auf die Straße treiben wollte. Der Arbeiter muß nun einmal leben, um arbeiten zu können. Das ist eine unangenehme Eigenschaft von ihm.

Daß die „Deutsche Tageszeitung“ noch einmal ein kräftiges Hundegeschell gegen den preußischen Innenminister Severing erhebt, der weiß Gott was alles verabsäumt haben und an der Verwirrung im ganzen Reich schuldhaftig sein soll, entspricht wohl ihrer Devise: „Für das deutsche Volk! — Für deutsche Art! — Für deutsche Arbeit in Stadt und Land!“ Es muß ja auch solche sonderbaren Kränze geben, die durch ihr Gebraue das Volk in trüber Zeit belustigen. Das ist deutsche Art.

Eberfeld, 29. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der heutige Tag ist im Ruhrgebiet ruhig verlaufen. Die Lohn-erhöhungen sind bereits bekanntgeworden und haben günstig gewirkt. Allerdings muß festgestellt werden, daß die Streikbewegung bisher noch ungebrochen ist. Das gilt besonders für die Bezirke Dortmund, Gelsenkirchen und Recklinghausen. Im Bezirk Recklinghausen streiken die Zechen „König Ludwig“ und „Blumenfeld I und II“. In Frage kommen ungefähr 13 000 Mann. Ebenso ist in Gladbeck und Buer sowie einem Teil des Bezirks Bochum der Streik noch allgemein. Im Landkreise Hattlingen sind die Befehlsstellen der Zechen am Dienstag zum größten Teil wieder eingezogen. Im Bezirk Hamm beginnt der Streik abzu-erlöchen. In Recklinghausen verhandelt man über die Bildung von Sicherheitswehren. In Gelsenkirchen hat sich eine Arbeiterwehr gebildet, an der u. a. auch neben den anderen gewerkschaftlichen Organisationen die Gelsenkirchener Union beteiligt ist. Im allgemeinen kann man feststellen, daß es in kurzem zu einer Aufnahme der Arbeit kommen wird, doch sind die Gefahren der Situation nicht zu verkennen. Die Frage der Bezahlung der Streiktagelöhne, eine Frage, die schon während des Kapp-Putsch und der Novemberrevolution eine große Rolle gespielt hat und von der kommunistischen Agitation eifrig ausgenutzt wurde, wird schon jetzt debattiert. Es kann hier zu unangenehmen Komplikationen kommen. Besonders ungeklärt ist die Lage im Bezirk Essen. Auf Grund vorliegender Berichte hat sich die Düsseldorf-Behörde gezwungen gesehen, bei den Franzosen um Waffenlieferungen für die Mitglieder der Arbeiterwehren nachzusuchen. Die Düsseldorf-Regierung will den Ernst der Lage den Engländern vorstellen, mit dem Ziel, den nötigen Schutz und Garantien für die Lohnauszahlungen zu erhalten. *

Bochum, 29. Mai. (M.Z.) Am heutigen Tage atmete die Bevölkerung Bochums wieder auf. Die Polizei hatte an den Hausedern folgenden Anschlag anbringen lassen: „Die geschwähigte Polizei hat den Ordnungsdienst wieder übernommen. Jede Gewalttat wird sofort unterdrückt. Versammlungen sind zu vermeiden. Jeder geist seiner Beschäftigung nach.“ Damit scheinen die Franzosen die Forderung der deutschen Behörden um verstärkten polizeilichen Schutz endlich angenommen zu haben. Die Anwesenheit der verstärkten Polizeikräfte machte sich schon in den Vormittagsstunden bemerkbar. Die Feuerwehr und der ihr beigegebene Sicherheitsdienst fuhr in Lastautos durch die Stadt und hob auf dem Marktplatz, dem Hauptausgangspunkt der Aufrührer, mehrere Kommunisten aus. Gegen Mittag waren alle Straßen gesäubert. Mit der Wiederkehr der Ordnung ist der Streik in sich zusammengebrochen. (!) Es ist damit zu rechnen, daß am Mittwoch in allen Betrieben und auf allen Zechen die Arbeit wieder aufgenommen wird. Die bürgerlichen Blätter erscheinen morgen wieder. In Bochum sind bisher etwa 200 Verhaftungen vorgenommen worden.

In Gelsenkirchen wurde in einer öffentlichen Versammlung beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dem Beschluß sind auch die Mitglieder der Union beigetreten.

Finanzfragen im Landtagsausschuß.

Der am Montag zusammengetretene Hauptausschuß des Landtages erledigte zunächst in kurzer Aussprache den Etat der Staats-schuldenverwaltung. In der Debatte nahm Genosse Abg. Meier-Berlin Gelegenheit, auf die Beamten- und Angestelltenverhältnisse bei dieser Behörde hinzuweisen, die zwar aus Spar-samkeitsrücksichten das Angestelltenpersonal abbaue, aber auf der anderen Seite den unfindbaren Beamten Gelegenheit gebe, neben ihrer offiziellen Tätigkeit bei der Behörde noch recht einträgliche Nebenberufe auszuüben. So seien ca. 250 Beamte noch abends als Musiker tätig, die dadurch den zum Teil schwer um ihre Existenz ringenden Zivilberufsmustern untautere Konkurrenz machten. Ungefähr die gleiche Zahl sei nebenbei noch bei den Großbanken beschäftigt, täglich sogar bis zu 5 bis 8 Stunden. Das müsse, wie bekannterweise bei den Privatbanken die Arbeitskraft der Angestellten angespannt werde, zu schwerer Schädigung der Berufstätigkeit im Amte führen. Auch hier liege eine Beeinträchtigung der Arbeitslosen mit kaufmännischer oder bank-technischer Vorbildung vor. Der Präsident der Staats-schuldenverwaltung hielt diese Angaben zwar für stark übertrieben, — er habe nur in einigen Ausnahmefällen die Genehmigung zum Nebenberuf erteilt, — versprach aber Nachprüfung und gegebenenfalls Abstellung der kritischen Zustände. Unsere Fraktion hat sich vorbehalten, für die 2. Lesung im Plenum einen dementsprechenden Antrag einzubringen.

In der folgenden Aussprache über den Haushalt des Finanz-ministeriums nahm u. a. das Wort Genosse Abg. Dr. Baen-tzig, der zunächst auf die Verschleppung der bewilligten Aus-zahlung von Gehaltssteigerungen und der Zuschüsse hinwies. Das müsse zu schweren Beeinträchtigungen der Gehaltsempfänger in An-betracht der dauernden Verringerung der Kaufkraft der Mark führen. Weiter sei zu wünschen, daß die noch vorzustellenden Finanzgesetze nicht mehr mit Rückverweisungen ausgelastet werden. Diese in der jetzigen Zeit geübte Praxis trage nur zur Erschwerung des Verständnisses für die Finanzgesetzgebung bei, auf das die breiten Bevölkerungsschichten ein Anrecht haben. Genosse Baentzig forderte sodann eine bessere volkswirtschaftliche Vorbildung der Verwaltungen, namentlich der Finanzbeamten. Die fast ausschließlich juristische Bildung der in Frage kommenden Beamten beeinträchtige ihre Lebensfähigkeit, namentlich auf dem Gebiete der Finanzverwaltung. Er bittet den Minister um Auskunft über seine Stellungnahme zur neu eingeführten volkswirtschaftlichen Diplomprüfung und beantragt, den Diplomvollwirten baldmöglichst die Laufbahn in der staatlichen Finanzverwaltung zu eröffnen. Der Redner forderte sodann den Minister auf, klare Auskunft über den heutigen Stand der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit der Hohenzollernfamilie zu geben. Der gegenwärtige Zustand sei unhaltbar. Der Staat verliere die gegen ihn angestrebten Prozesse, außerdem verschlinge die Vermögensverwaltung ungeheure Summen, ohne daß man dadurch vom Fieck komme. In Verbindung damit ging Genosse Baentzig auf den Etat der früheren Hoftheater ein. Auch in dieser Hinsicht herrsche vollkommene Unklarheit. Es sei elatsrechtlich nicht angängig, daß sozusagen unter Ausschaltung der Volksvertretung Verträge abgeschlossen würden, deren finanzielle und kulturpolitische Tragweite von der Volksvertretung nicht über-sehen werden können. Jedenfalls sei das Gemeinwohl, nicht das Interesse einer bestimmten Gruppe, ins Auge zu fassen.

Genosse Hirsch ergänzte diese Ausführungen und forderte vor allem Auskunft über den Fehlbetrag der Staatstheater sowie darüber, aus welchen Mitteln der Fehlbetrag gedeckt werde. Der Etat gebe das nicht her. Um zu dem Konflikt zwischen Volksbühne und Großer Volkssoper Stellung zu nehmen, sei es unbedeutend notwendig, das gesamte Material zu kennen. Im Gegen-satz zu einem deutschnationalen Redner betonte unser Genosse, daß die Rot der Zeit kein Grund sein dürfe, von dem Ausbau der Kroll'schen Oper Abstand zu nehmen, denn es käme gerade in der jetzigen materiellen Zeit darauf an, breiten Schichten des Volkes die Möglichkeit geistiger und ideeller Aufrichtung zu geben. Die Hohenzollernfrage sei nicht, wie ein Zentrumredner betonte, eine reine Rechtsfrage, sondern eine hochpolitische Frage.

Unsere Genossen trachten einen Antrag ein:
„Dem Landtag baldmöglichst in einer Denkschrift genaue Mit-teilungen zu machen über das Ergebnis der von dem Staats-ministerium durchgeführten Nachprüfung der Eigenvermögensverhältnisse am Hohenzollernvermögen, im besonderen über Entstehung, Wert und Erträge des streitigen Vermögens, über die an Mitglieder des Hohenzollernhauses gelangten Vermögenswerte und Zahlungen sowie über die dem Staat aus dem jetzigen Zustande erwachsenen Verwaltungskosten.“

In der Dienstagsitzung des Hauptausschusses des Preussischen Landtags teilte der Finanzminister mit, daß der Entwurf eines Gewerbesteuergesetzes zurzeit dem Staatsministerium vorliege und bald dem Landtage zugehen werde. Die Auszahlung der Ruhegehälter- und Versorgungsgebühren werde nach Möglich-keit beschleunigt. Zu einer Auseinandersetzung zwischen Sozial-demokraten und dem Finanzminister kam es, weil dieser behauptete, daß der Antrag des Genossen Hermann Müller im Reichstag über die Auseinandersetzung des preussischen Staates mit den Hohenzollern eine Verfassungsänderung bedeute und die Er-schließung dadurch ins Stocken geraten sei. Unsere Genossen ver-traten den Standpunkt, daß das Vermögen der Hohenzollern be-schlagnahmt werden und die Entschädigung durch Beschleunigung erfolgen müsse.

Die eigentliche finanzpolitische Debatte wird erst bei Beratung des Etats der allgemeinen Finanzverwaltung gepflogen werden.

Tausende unserer Leser

haben schon ihre Freunde und Bekannten veranlaßt, sich des folgenden Formulars zu bedienen und „Vorwärts“, Abonnenten zu werden. Manche freilich, die mit leichter Mühe das gleiche tun könnten, haben es noch nicht getan. Mögen sie sich diesmal ihrer Pflicht erinnern, sie dienen damit ihrer Sache und damit sich selbst!

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Linden-strasse 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seit nrl. — Tr. links — rechts

bei _____

Gewerkschaftsbewegung

Reichsregierung und Teuerung.

Das Wolffsche Telegraphenbureau veröffentlicht folgende Mitteilung:

Berlin, 29. Mai. Die Vertreter der Spinnengewerkschaften haben heute im Reichsarbeitsministerium darauf hingewiesen, daß in Arbeitgebetrieben und auch bei einem Teil der Schlichtungsbehörden noch eine zu weitgehende Zurückhaltung gegenüber berechtigten Lohnforderungen bestehe. Der Reichsarbeitsminister bestätigte demgegenüber als die Ansicht der gesamten Reichsregierung, daß mit dem neuen Marktzug selbstverständlich auch auf dem Gebiete der Lohnpolitik eine veränderte Sachlage eingetreten ist und daß es nunmehr eine dringende Aufgabe aller beteiligten Kreise und Behörden sein muß, die Löhne der gesunkenen Kaufkraft anzupassen. Dabei muß auf das sprunghafte Anwachsen der Teuerung, das in den Feststellungen des amtlichen Index naturgemäß erst nachträglich zum Ausdruck kommt, besonders Rücksicht genommen werden.

Soweit die Mitteilung der Reichsregierung. Wir haben hierzu festzustellen, daß die Haltung der vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschüsse sowie der sonstigen amtlichen Schlichtungsstellen keineswegs übereinstimmt mit dieser Erklärung der Reichsregierung. Es hat sich erst vor drei Tagen der skandalöse Fall ereignet, daß ein vom Reichsarbeitsministerium eingesetztes Schiedsgericht die vom Berliner Schlichtungsausschuß festgesetzten Löhne der Maschinenisten und Heizer der Berliner Privat-Elektrizitätswerke, die an sich schon wahre Hungerlöhne waren und weit unter dem Durchschnitt der völlig ungenügenden Löhne der Berliner Arbeiter lagen, auf Verlangen der Unternehmer noch herabsetzte und deren Geltungsdauer ausdehnte. Wenn dieser skandalöse Fall, der zu einer Stilllegung der Privat-Elektrizitätswerke führen muß, auch einzigartig ist, so sind die Fälle, wo die Schlichtungsinstanzen die Teuerung ganz ungenügend berücksichtigen, sozusagen die Regel. Die Reichsregierung hat also die Pflicht, die von ihr gegebenen Anweisungen mit der nötigen Klarheit und dem offenbar noch nötigeren Nachdruck zu wiederholen.

Man scheint sich in gewissen Bureaus keine Vorstellung davon zu machen, wie die auf Grund der Dollarsprünge vorgenommene Auswucherung der Verbraucher wirkt. Die Arbeitermassen, die zu sehen, wie die Unternehmer durch ihr „Angebot“ die Reichsregierung in eine unumgängliche Lage versetzen und zugleich durch ihre „Bedingungen“ nicht allein die gesamte Arbeiterschaft herausfordern, sondern einen direkten Verfassungsverstoß verlangen, und zwar die Aufhebung der Parität von Kapital und Arbeit, müssen bei den gegenwärtigen Verhältnissen erbittert und verbittert werden. Schöne Worte helfen da gar nichts.

Internationale Einheitsfront der Transportarbeiter gegen Kriegsgefahr und Faschismus.

Von den Vorständen des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Deutschen Verkehrsverbandes wird uns geschrieben:

In der Nr. 118 vom 26. Mai veröffentlicht die „Rote Fahne“ einen Aufruf und in der Nr. 119 vom 27. Mai einen Bericht über die am 23. und 24. Mai in Berlin abgehaltene Konferenz von Vertretern der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (Amsterdamer) und Vertretern der roten Gewerkschafts-Internationale angehörenden russischen Transportarbeiterverbände. Durch diese Veröffentlichung versucht das genannte Organ den Eindruck zu erwecken, als ob es sich bei den von der Konferenz beschlossenen Formulierungen um bindende Beschlüsse für die der Internationalen Transportarbeiter-Föderation angeschlossenen Verbände handele. Dies ist nach unseren Informationen nicht der Fall; es handelt sich vielmehr nur um Vorschläge, die dem Exekutiv-Komitee der Internationalen Transportarbeiter-Föderation bzw. den ihr angeschlossenen Organisationen unterbreitet werden sollen.

Außerdem ist in der Veröffentlichung mit keinem Wort erwähnt, daß der deutsche Vertreter im Vorstand der I. T. F. ausdrücklich erklärt hat, seine Zustimmung zu den Richtlinien und Vorschlägen von der Einstellung der Ferkörungsarbeit der Kommunisten innerhalb der deutschen Gewerkschaften abhängig machen zu müssen.

Zur Sache selbst haben wir zu erklären, daß unserer Auffassung nach die Organisation des Kampfes gegen Reaktion, Kapitalismus, Krieg und Faschismus nicht Sache einer einzelnen Berufs-Internationalen sein kann, sondern Aufgabe des Internationalen Gewerkschafts-Bundes ist. Dieser Kampf kann nur auf der Basis der von den Kongressen des Internationalen Gewerkschafts-Bundes aufgestellten Grundsätze und tatsächlichen Richtlinien geführt werden. Es ist weiter Aufgabe des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes, festzustellen, ob und wie weit die Voraussetzungen für ein Zusammenarbeiten im Kampf gegen Reaktion, Kriegsgefahr usw. mit den außerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes stehenden Organisationen oder Gewerkschaftsrichtungen gegeben sind.

Der Deutsche Eisenbahnerverband und der Deutsche Verkehrsverband lehnen grundsätzlich jede Beteiligung an Vereinbarungen oder Aktionen ab, die sie in einen Gegensatz zur Gesamtbewegung bringen würden.

Zur Lohnbewegung der Eisenbahner.

In einer gut besuchten Funktionärsversammlung der Ortsgruppe Berlin des DGB, referierte am Montag in den Sophienhallen der Vorsitzende des Verbandes Schöffel. Breit ausholend zeigte er die Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaften im allgemeinen, um sich dann im besonderen mit dem Wertebegriff der Eisenbahnerorganisationen zu beschäftigen. Wenn nicht heute schon alle Beamte und Arbeiter in der Einheitsorganisation, dem DGB, organisiert seien, so ist das zum größten Teil auf das mangelnde gegenseitige Vertrauen zurückzuführen. Beide Gruppen sind aufeinander angewiesen, und nur zu einem Ganzen vereinigt, werden sie ihre wirtschaftliche Lage und damit die der gesamten Arbeitnehmer, verbessern. Jede Zersplitterung ist eine Vergeudung von Kraft. Das machte sich namentlich bei den Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne und Gehälter bemerkbar. Außerordentlich zu beklagen ist darum das in den letzten Monaten erfolgte Abplittern der Opposition. Nur eine geschlossene Arbeitnehmererschaft wird ihre Ziele erreichen. Aus diesem Grunde begrüßen wir auch die im Gange befindlichen Bestrebungen zur Wiedervereinigung. Jeder einzelne muß sein Kräftebestes daran setzen, damit endlich das Ziel, daß alle Eisenbahner in der großen Einheitsorganisation, dem DGB, organisiert sind, verwirklicht wird.

Anschließend daran teilte Redner die Schritte mit, die die Gewerkschaften unternommen haben, um die drohende weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Eisenbahner aufzuhalten. Der Finanzminister hat zugesagt, daß die Verhandlungen über die Erhöhungen der Bezüge der Eisenbahn-

Bediensteten am 4. Juni zum Abschluß gebracht werden sollen, damit die Auszahlung der erhöhten Bezüge noch in derselben Woche stattfinden kann.

In der Aussprache über das beifällig aufgenommene Referat wurde das bisherige Vorgehen des Vorstandes als feilgebilligt und dieser beauftragt, mit aller Energie für eine beschleunigte und ausreichende Erhöhung des Einkommens einzutreten. Ein in diesem Sinne gehaltenen Antrag wurde einstimmig angenommen.

Protestversammlung der Postbeamten.

Am Montag fand in den „Germaniasälen“ eine Protestversammlung der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft (Bezirksgewerkschaft Berlin) statt, in der Kollege Uhr referierte. In seinen sehr gründlichen Ausführungen wies der Redner insbesondere darauf hin, daß der letzte Vorschlag der Regierung, der von Vertretern der Gewerkschaften abgelehnt wurde, dem Beamten der Gruppe IV, gegenüber dem Stand vom Juni, nur ein Mehr von

Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre, Betriebsräte!

Montag, den 4. Juni 1923, abends 7 Uhr, in den „Musterhallen“, Kaiser-Wilhelm-Straße 31:

Große Konferenz

sämtlicher VSPD-, Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre, Betriebsräte und politischen Vertrauensleute.

Genosse Alexander Stein spricht über: „Ruhreise und Weltlage“. Genosse Dr. Paul Herz spricht über: „Die wirtschaftspolitischen Aufgaben des deutschen Proletariats“. — Diskussion.

Parteilosen! Sorgt für guten Besuch!

Bezirksverband Berlin VSPD, Betriebssekretariat.

4200 M., dagegen dem Beamten der Gruppe XIII ein Mehr von 130 000 M. brachte. Wenn aber die Regierung der Ueberzeugung sei, daß die höheren Beamten mit ihrem Gehalt nicht mehr auskommen können, so müsse sie doch auch wissen, daß die unteren und mittleren Beamten mit ihren kärglichen Bezügen erst recht nicht dazu imstande sind. Es müsse von der Regierung verlangt werden, daß sie endlich gesunde Zustände schaffe. Die große Not unter der das wertvolle Volk und die Beamenschaft soviel zu leiden habe, sei nicht lediglich dem Steigen des Dollars zu danken, sondern vielmehr der falschen Wirtschaft der Regierung. Das könne nicht so weiter gehen, die Beamenschaft sei an der Grenze ihrer Geduld, sie sei nicht nur an das Proletariat, sondern weiter schon an das Lumpenproletariat herangekommen, da die minderbesoldeten Beamten sich nicht mehr die geringste Bekleidung beschaffen könnten. (Stürmischer Beifall.) Werde der Funke der Unzufriedenheit erst zur lodernen Flamme angeblasen, so dürfte er schließlich auch jene Kreise mit vernichten, die nicht den Willen hatten, den glimmenden Funken durch gerechte Maßregeln zu löschen. (Lebhafte Beifall.)

In der anschließenden Diskussion, an der sich auch die Reichstagsabgeordneten Hoffmann und Steinkopf beteiligten, kam der Unwille über das Verhalten der Regierung freimütig zum Ausdruck.

Nach Schluß der Aussprache wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

„Die verarmten Post- und Telephonbeamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die beharrliche Absicht der Regierung, bei der Neuregelung der Grundgehälter eine Erweiterung der Spannung zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen vorzunehmen, die den oberen Gruppen Riesenerträge sichert, den unteren dagegen nicht einmal die kümmerlichste Existenzmöglichkeit bietet.“

Die Versammelten betrachten den Regierungsvorschlag als eine Verhöhnung und sind entschlossen, sich gegen ein weiteres Herabdrücken und gegen die Verewigung ihres materiellen Elends mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zur Wehr zu setzen.

Die Versammelten erwarten von allen maßgebenden Instanzen, ganz besonders vom Reichstag, daß dem Regierungsvorschlag die Zustimmung versagt und für eine gerechte Regelung Sorge getragen wird, die auch den unteren und mittleren Gruppen eine ausreichende Existenz gewährleistet.“

Die neuen Vergarbeiterlöhne.

Nach der am Montag vormittag erfolgten Neuregelung der Löhne für die Vergarbeiter des Stein- und Braunkohlenbergbaues im besetzten Gebiet trat am Nachmittag desselben Tages unter dem Vorsitz des Duisburger Oberbürgermeisters Jarres ein Schlichtungsausschuß zur Regelung der Lohnverhältnisse in den übrigen Gebieten zusammen. Die Schlichter wurden wie folgt erhöht: für Oberhessen 9000 M., Niedersachsen, Sachsen, mitteldeutsches Braunkohlenrevier (Kernreviere) und Bayern (Bekohl) 8460 M. für das niederbayerische Revier wurde eine Erhöhung von 8000 M. für die großen bayerischen Braunkohlenbetriebe 7950 M. und für die bayerischen Steinkohlenwerke 7520 M. je Schicht bewilligt. Am Anluß an diese Lohnverhandlungen beginnen am Mittwoch, den 30. Mai, die Verhandlungen über die Erhöhung der Kohlenpreise.

Die kommunistische Presse berichtet, daß zu den Lohnverhandlungen „eine Delegation der Union der Hand- und Kopfarbeiter“ zugezogen worden sei, die die Dortmunder Forderungen (Erhöhung der Löhne um 50 Proz. in der ersten und um weitere 50 Proz. in der zweiten Halbjahre, außerdem für Verheiratete 200 000 M. und für Ledige 150 000 M. Abgeltung) vortrug. Für diese Forderungen sollen sich die „arbeitsgemeinschaftlichen Verbände“ nicht eingesetzt haben. Diese Meldung ist frei erfunden. Bei den Verhandlungen war weder eine Delegation der Hand- und Kopfarbeiter anwesend, noch stellte jemand die Dortmunder Forderungen auf.

Konflikt in den Privat-Elektrizitätswerken.

Nachdem die Arbeitgeber der Berliner Privat-Elektrizitätswerke den Schiedspruch der tariflichen Schlichtungsinstanz, der eine Erhöhung der Lohnsätze vom 2. bis 13. Mai vorseht, abgelehnt hatten, beschloß sich am 28. Mai erneut mit dieser Angelegenheit ein vom Reichsarbeitsministerium eingesetztes Schiedsgericht. Der Arbeitgeberverband hatte, gemäß den Bestimmungen des Manteltarifvertrages zwecks Entscheidung dieses Streitfalles das Reichsarbeitsministerium angerufen. Nach langwierigen Verhandlungen fällt das Schiedsgericht einen Spruch gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer, durch welchen die vom tariflichen Schlichtungsausschuß festgesetzten Lohnsätze, die für die Zeit vom 2. bis 13. Mai Gültigkeit haben sollten in Gruppe I bis VI 1700, 1650,

1625, 1530, 1330 und 1160 M. betragen, für die Zeit vom 2. bis 15. Mai auf 1605, 1565, 1530, 1430, 1260 und 1050 M. herabgesetzt wurden. Außerdem sollten die in den beiden Lohnwochen gezahlten Vorschüsse bis insgesamt von 13 000 M. nicht verrechnet werden.

Dieser Schiedspruch stellt wohl eine „Blanzleistung“ dar. Er bedeutete für die Arbeiterschaft der Märktischen Elektrizitätswerke einen Schlag ins Gesicht und tötet den letzten Rest von Vertrauen zum Reichsarbeitsministerium. Die Arbeiter werden mit Recht sich die Frage vorlegen, weshalb ein Geist von Beifremdheit mag wohl bei der Fällung dieses Schiedspruches bestanden haben, als dieser Schiedspruch im Verein mit den Arbeitgebern gefällig wurde. Der Einwand, der von den Vertretern der Arbeiter gemacht wurde, daß durch eine Arbeitsniederlegung in diesen Werken große Teile des Wirtschaftslebens in Mitleidenschaft gezogen werden und daß man alles aufbieten müsse, diese Differenz friedlich beizulegen, scheint für das Schiedsgericht kein Grund gewesen zu sein, auch noch in letzter Stunde zwischen den Parteien Einigungsversuche anzustreben. Die Gründe, die den unparteiischen Vorsitzenden veranlassen konnten, Einigungsversuche nicht zu unternehmen, wurden von den Vertretern der Arbeiter am Schluß der Sitzung erkannt, und zwar als der Vorsitzende bei der Verkündung des Schiedspruches erklärte, daß nach den tariflichen Bestimmungen der Schiedspruch ein endgültiger sei und daß sich die Vertragsparteien damit abzufinden hätten“. Letzteres ist nach den tariflichen Bestimmungen nicht der Fall. Eine solche Doktor-Eisenbart-Kur ist wohl bequem, aber bei Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern nicht angebracht. Vom Reichsarbeitsministerium könnte man erwarten, daß Männer, die mit solchen Aufgaben betraut werden, daß das genügende Geschick besitzen, daß sie solche Situationen überschauen. Die Arbeiter dieser Werke werden am Mittwoch zu dieser Angelegenheit endgültig Stellung nehmen. Sollte nicht noch in letzter Stunde alles aufgebieten werden, um einigermassen die Angelegenheit noch friedlich erledigen zu können, so steht ein Teil Berlins und der Provinz Brandenburg vor schweren wirtschaftlichen Erschütterungen.

Drohender Konflikt bei Volle.

Das Lohntarif der freien Gewerkschaften ist schon seit Monaten gezwungen, jede Lohnverhandlung mit der Direktion der Meierei Volle vor den Schlichtungsinstanzen auszufechten. Ist der Spruch ein guter, dann wird er von der Direktion abgelehnt. Der letzte Schiedspruch brachte für die Zeit vom 27. April bis 24. Mai trotz starker Bedenken nur eine Erhöhung von 20 Proz. Hier nahm die Direktion den Schiedspruch ausnahmsweise an. Trotz der Verbitte-rung der Arbeitnehmerschaft über das geringe Zugeländnis ist auch dieser Schiedspruch von den Arbeitnehmern angenommen worden, weil man einen Konflikt vermeiden wollte, der die Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Milch in Frage gestellt hätte. Neuerdings spüren sich die Verhältnisse wesentlich zu. Eine Verhandlung mit einem Gewerkschaftsvertreter über eine zu leistende Vorkaufszahlung wird abgelehnt. Soll man daraus schließen, daß die Direktion einer Streik herbeiführt? Vielleicht will man die Gelegenheit wahrnehmen, um dabei die kleineren Betriebe auszufagen.

Der Schlichtungsausschuß ist mit der Angelegenheit befaßt. Sollte er der Rolle der Arbeitnehmerschaft in seinem Spruch nicht Rechnung tragen, dann ist die Arbeitnehmerschaft entschlossen, den Kampf aufzunehmen, weil sie nicht Lust hat, sich auf dem Wege über den Demobilmachungskommissar einen Teil der materiellen Leistungen an dem zu fällenden Spruch noch nehmen zu lassen. Die Funktionäre der Gewerkschaften werden in unmittelbarem Anschluß an die Verhandlungen zu der Situation Stellung nehmen.

Lohnverhandlungen in der Metallindustrie. Die Lohnverhandlungen, welche gestern zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern geführt wurden, ergaben kein endgültiges Resultat. Die Parteien haben das Reichsarbeitsministerium angerufen. Die Verhandlungen werden höchstwahrscheinlich am Freitag stattfinden.

Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter hat auf seiner gestrigen Tagung im preussischen Abgeordnetenhaus den Organisationsvertrag zwischen DGB, DGB und AFA mit überwältigender Mehrheit gutgeheißen.

Im Hochseefischereigewerbe sind ernste Tarifstreitigkeiten ausgebrochen. Die Fischdampferreedereien in Seestemünde forderten, daß die durch Prozente am Auktionserlös der Fänge beteiligten Besatzungen nicht mehr am Gesamtauktionserlös beteiligt sein sollen. Von der Berechnung der Prozente der Kapitäne sollten 20 Proz. und von den übrigen Mannschaften 10 Proz. vom Auktionserlös abgezogen werden. Der Schlichtungsausschuß in Bremen entschied vor einigen Tagen, daß die Forderungen der Reedereien in diesem Sinne berechtigt seien. Bis zum letzten Sonnabend hatten die Tarifparteien zu diesem Schiedspruch Stellung zu nehmen. Die Reeder nahmen den Schiedspruch an; die Besatzungen lehnten ihn ab. Die Reeder stehen auf dem Standpunkt, nur Fischdampfer fahren zu lassen, deren Besatzungen den Schiedspruch anerkennen. Da zu erwarten steht, daß die Besatzungen nicht nachgeben werden, muß mit einem Streik im gesamten deutschen Hochseefischereigewerbe gerechnet werden, wenn nicht noch in letzter Stunde neue Verhandlungen aufgenommen werden. Praktisch ist der Streik schon da, weil seit gestern früh kein Fischdampfer mehr in See gegangen ist.

Ein Vergarbeiterstreik in Amerika wird neuerdings befürchtet. Der Präsident der Vergarbeitergewerkschaft befindet sich zurzeit in Europa. Die radikalen Elemente gewonnen stark an Anhängern, und eine große Anzahl von Vergarbeitern scheint geneigt zu sein, ihrer Aufforderung zum Streik Folge zu leisten. Die Bundesbehörden haben bereits Pläne fertig, um eine rasche Aktion vorzunehmen, falls es zum Streik kommen sollte.

Zentralverband der Angestellten. Finanzstellen: Dessenelbe Versammlung Donnerstag nachmittags 4½ Uhr in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17-18.

Porkoff Die kräftigende Diät bei **Morgens- und Abendsessen** Wohlgeschmeckt - Billig!

Bei Korpulenz • Fettleibigkeit stud **Dr. Hoffbauers** 200. 200sch. **Entfettungs-Tabletten** ein vollkommen unschädliches und erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schilddrüse. Kein Abführmittel. Ausführliche Broschüre gratis. **Elefanten-Apotheke** BERLIN SW, Leipziger Straße 74 (Dönhofsplatz). **Putsch** Die neue Erfindung **Endlich das Richtige!** In Apotheken zum Abwischen des Schweißes, erhältlich. — Generalvertreter: als Mundwasser, als Tabletten **Clausen & Co., B.-Charlottenbg.** Bekanntmachung für den redbatt. Zell: **Artur Clausen**, Friedrichshagen; für Angelpent: **Th. Glöde**, Berlin; Verlag: **Bornhörs-Berlag G.m.b.H.**, Berlin. Druck: **Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstraße 3.** Circuit 1. Deilage.

Henko Weiche mit **Henko** die Wäsche ein! **„Henko“** Henkel's Wasch- und Bleich-Soda, zum Einweichen der Wäsche und für den Hausputz. **Alleinige Hersteller: Henkel & Cie., Düsseldorf.**

Staat und Spieler.

Unhaltbare Zustände. — Der Vorschlag einer Kartengeldsteuer.

In den letzten Wochen ist in der Berliner Presse und auch im „Vorwärts“ verschiedentlich zu den Glücksspielen, denen man in den vornehmen Klubs huldigt, Stellung genommen worden. Uebereinstimmend sind sich alle Kreise darüber klar, daß die jetzt bestehenden Zustände unhaltbar sind und daß in irgendeiner Form eine neue gesetzliche Regelung des Spielwesens dringend notwendig ist. Aufschreiend sind auch die Landes- und Reichsbehörden noch im unklaren, welche Wege sie in dieser Frage gehen wollen. Bis heute wird in allen Klubs lustig weitergespielt und den Spielhaltern werden mühelos Millionengewinne zugeflossen.

Polizeiliche Verbote zwecklos.

Die Frage der Spielklubs läßt sich nicht durch ein einfaches polizeiliches Verbot regeln. Selbst das rückwärtslose Zugreifen der Aufsichtsbehörde würde nichts an den Zuständen ändern. Die Auswüchse des heutigen Glücksspielwesens lassen sich nur durch eine sorgfältige gesetzliche Regelung der Spielklubs und eine daran anschließende rückwärtslose Besteuerung derselben beseitigen. Die Moralität des Glücksspiels an sich kommt bei dieser Reglementierung nicht in Frage. Genau wie das Lotteriespiel, das Wetten auf Pferde im Prinzip unmoralisch und auf Grund dessen zu verwerfen ist, ist auch das Glücksspiel unter diesem Gesichtswinkel zu betrachten, unter allen Umständen zu bekämpfen. Die moralische Seite soll aber bei dieser Besprechung nicht in Frage kommen, da sie auch mit den besten Vorschlägen nichts an den Zuständen ändern würde; hier soll nur in rein sachlicher Weise untersucht werden, in welcher Form eine Reglementierung und Besteuerung der Spielklubs möglich ist. Die Erhebung einer Kartengeldsteuer von mindestens 30 Proz. der vereinnahmten Bruttoerträge des Kartenspiels ist möglich und verpricht bei korrekter Anwendung eine ergiebige Steuerquelle für Staat und Gemeinde. Der Unterteilhaber, der das Klubwesen nicht kennt und sich nie eingehend mit dieser Frage befaßt, ahnt nicht, welch ungeheuren Umfang diese Spielunternehmungen in ganz Deutschland angenommen haben. Insbesondere in Berlin und in den Großstädten Deutschlands, wie Hamburg, Leipzig, Dresden, Düsseldorf, Essen, Köln und auch in sämtlichen Badeorten wird seit Jahren ständig dem Glücksspiel gehuldigt. Polizeiliches Eingreifen hat hier nie dauernd genügt; ja, leider ist in vielen Fällen die Zuverlässigkeit der Polizeiorgane in Frage gestellt worden. Die Entscheidung der Berliner Gerichte, daß das Spiel 66 mit Chouette auf Grund eines Urteils des Spielhochverstandigen von Monteuiffel nicht als Glücksspiel zu werten sei, öffnete den Spielunternehmungen die letzten Schranken und machte die Aufsichtsorgane ziemlich wehrlos. Die Reichsgerichtsentcheidung, die das Spiel 66 mit Chouette nun endlich unter das Glücksspiel reißt, macht diesem Zustand für immer ein Ende. Das hätte man wenigstens als etwas Selbstverständliches nach einer derauartigen Entscheidung voraussehen sollen. Leider hat man sich aber in Berlin nicht sofort zum rückwärtslosen Verbot des Spiels entschließen können. Jedenfalls haben die maßgebenden Instanzen sich davon leiten lassen, daß ein generelles Verbot die bestehenden Zustände nur verschlimmern würde. Diese Auffassung ist gewiß richtig, es wäre aber trotzdem angebracht gewesen, durch das Verbot auch der breitesten Öffentlichkeit zu zeigen, daß eine Reglementierung des Spielwesens zwingend notwendig ist.

Die Kartengeldsteuer.

In welcher Form und von wem soll nun die Kartengeldsteuer erhoben werden? In welchem Umfang soll man das Glücksspiel zulassen? Es wäre verfehlt, wenn man direkte Spielsteuern wie in Joppot und Monte Carlo erteilt. Das Spiel muß auf die Klubs beschränkt bleiben. Bei Erteilung der Spielerslaubnis in geschlossenen Klubs müßten die zugelassenen Glücksspiele auf 66 mit Chouette und Bakarat beschränkt bleiben. Diese beiden Spiele werden zurzeit in allen sogenannten besseren Klubs gespielt und würden vollaus genügen, das in diesen Kreisen bestehende Spielbedürfnis zu befriedigen. Durch Ausführungsbestimmungen müßte festgelegt werden, welche Vermögensgrenze notwendig ist, um die Mitgliedschaft in einem derartigen Verein zu erwerben. Diese finanzielle Abgrenzung ist notwendig, um zu verhindern, daß unermöglichte Leute durch ein bestimmtes Ansehen zum Eintritt verlockt und ausgeplündert werden können. Des ferneren wäre es eine zwingende Notwendigkeit, durch hohe Strafen der Klubleitung zu verbieten, an Spielenden Mitgliedsrechte zu gewähren. Es würde dadurch verhindert oder zum wenigsten gehemmt, daß

Spieler, die die mitgebrachten Barbeträge verloren haben, durch Ausstellung von Wechseln und Schuldscheinen sich an einem Abend ruinieren. Trotz aller Gleichberechtigung, die heute zwischen Mann und Frau besteht, müßte den Frauen grundsätzlich die Mitgliedschaft in Spielklubs verboten sein. Die Praxis lehrt, daß gerade vom Spielverlust befallene Frauen rettungslos verloren sind. Die Spielgenehmigung dürfte nur Vereinen gegeben werden, die in ihrer Leitung für einwandfreie Geschäftsführung bürgen. Die Differenzierung, die in letzter Zeit in dieser Frage zwischen sogenannten gewerbmäßigen Spielunternehmungen und nicht gewerbmäßigen Spielunternehmungen gemacht wurden, ist unter allen Umständen abzulehnen. Heute ist fast ausnahmslos jeder vornehme Klub mehr oder weniger auf die Eingänge der Kartengelder angewiesen. Die Spielerslaubnis dürfte nur Vereinen, aber nie kommunalen Körperschaften übertragen werden. Das Erfuchen der Badeorte, ihnen als kommunale Körperschaft eine Spielkonzession zu geben, ist unter allen Umständen zu verwerfen, da es der Korruption Tor und Tür öffnet. Auch würde dadurch die Spielerslaubnis weiter ausgedehnt als es notwendig erscheint. Zustände wie in Monte Carlo und in Joppot sind wahrlich nicht wünschenswert und dürfen daher nicht staatlich forciert werden. Der Vereinscharakter muß bei Spielerslaubnissen gewahrt bleiben. Die Absicht bei Erhebung der Kartengeldsteuer darf nur sein, die bisher bestehende Spielerschaft in gesetzliche Bahnen zu lenken und dem Staat steuerlich nutzbar zu machen. Jedes darüber Hinaustreiben würde mit aller Entschiedenheit zu verwerfen sein. Die aus der Kartengeldsteuer zu erwartenden Beträge würden bei 30 Proz. Kartengeldsteuer mindestens 150 Milliarden Mark pro Jahr ausmachen. Auf Groß-Berlin selbst würden von dieser Steuer circa 20 bis 25 Milliarden Mark entfallen. Im Interesse der einkommensschwachen Bevölkerung der Gemeinden wäre es dringend erwünscht, daß mindestens 50 Proz. der eingehenden Kartengeldsteuer den Gemeinden verbleibe. Vielen Gemeinden würde dadurch eine Einnahmequelle geschaffen, die nur zu begrüßen wäre. Auf alle Fälle würde auch der Berliner Etat jedenfalls eine Nebeneinnahme von 10 bis 12 Milliarden Mark erzielen. Die steuerliche Erhebung ist leicht und sicher zu regeln, so daß hier Steuerhinterziehungen kaum in Frage kommen würden. Genau wie beim Buchmachersteuergesetz, das nach der heutigen Uebersicht mindestens 30 Milliarden Mark Ertrag bringt und weit über die Vorausschläge der Finanzbehörden hinausgeht, würde auch voraussichtlich die Kartengeldsteuer einen vollen steuerlichen Erfolg bringen.

Zur Schaffung dieses Steuergesetzes ist nur die Aenderung der Ausführungsvorschriften zu dem Gesetz gegen das Glücksspiel vom 23. Dezember 1919 notwendig. Die Bestimmung über die Ausübung des § 84 des Strafgesetzbuchs müßte sofort geändert werden, dann könnte die Regelung schnellstens erfolgen. Bis zu dieser Regelung muß aber schon aus Gründen der Staatsautorität jedes Glücksspiel in Klubs verboten werden.

Josef Ernst, M. d. R.

Abmontierung Berliner Denkmäler.

Die ständige Bedrohung durch Diebstahlsgefahr, der das öffentliche Eigentum im allgemeinen und die öffentlichen Denkmäler und Kunstgegenstände im besonderen ausgesetzt sind, hat das Bezirksamt Berlin-Mitte veranlaßt, gemeinsam mit den zuständigen Stellen der städtischen Polizei Beratungen über durchgreifende Abwehrmaßnahmen zu erwägen, die zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Die Zahl der ständigen polizeilichen Wachtposten wird vermehrt werden und die Denkmäler und Kunstgegenstände werden einer besonderen, an keine bestimmte Zeit gebundene Beaufsichtigung durch Radfahrerstreifen sowie durch uniformierte und nichtuniformierte Beamte der Polizei bei Tag und Nacht unterliegen. Außerdem aber sollen Denkmäler, die an besonders gefährdeten Stellen ihren Standort haben, ganz oder teilweise abmontiert und bis auf weiteres diebstahlsicher aufbewahrt werden. Das Bezirksamt bittet die Einwohnerschaft, in jedem Falle, wo sich jemand in verdächtiger Weise an Denkmälern, Kunstgegenständen, Bau- und Gartenanlagen usw. zu schaffen macht, sofort die Polizei zu benachrichtigen bzw. die Verdächtigen bis zum Eintreffen polizeilicher Hilfe festzuhalten. — Nun wird den Dieben nichts übrig bleiben, als nach dem Bezirk Tiergarten auszuwandern, woselbst sich in der Siegesallee die Ahnenkrone der Hohenzollern befindet. Aber die Herren Langfinger wissen ganz genau, daß sie bei den Hohenzollern leider nur auf — brüchigen Marmor stoßen werden.

Die Eisenstadt.

Es gibt wohl kaum einen zweiten Ort auf dem weiten Erdenrund, dessen Name den Gelehrten soviel Kopfzerbrechen gemacht hat und so wunderbar geäußert worden ist wie der Name von Potsdam. In einem bei K. W. Hahn's Erben in Potsdam erschienenen Buche „Potsdamer Sagen und Märchen“ erörtert E. Handmann von neuem die Frage und gibt eine sehr einleuchtende Antwort. Bisher hatte die meisten Anhänger die Herleitung des Wortes von „Pod dubami = unter Eichen“. Aber wie sollte gerade die Eiche, die doch wirklich für die Mark sehr uncharakteristisch ist, der Stadt den Namen gegeben haben? Nur die Bezugnahme auf slawische Worte kann die Erklärung bringen, denn ganz Ostpreußen und damit auch Potsdam, ist slawischer Grundboden. Nun hat die im Mittelalter beliebte Latinisierung der Worte uns für Potsdam die Genitivform „Potestampii“ überliefert. Darin ist noch deutlich die slawische Wörterzusammenstellung „Potestam“ zu erkennen, zu deutsch „bei den Eisenschmelzen“. Damit ist des Rätsels Lösung gegeben. Wie die vorgeschichtliche Bodenforschung erweist, wuchsen die auf Potsdams Gefilden wohnenden Wenden den hier in Menge vorhandenen Raseneisenstein zu schmelzen und zu verwenden. Man hat schon vor Jahrzehnten gerade bei Potsdam große Eisenschlackenbestände aufgedeckt und auch sonst in der Umgegend das Vorhandensein von prähistorischem bearbeiteten Eisen sowie von Eisenschlacke festgestellt. Auch die alten Potsdamer Sagen beschäftigen sich vielfach mit „Zwergen“, die in unterirdischen Eisenwerken arbeiten, und auf dem „Eisenwiese“ genannten Gelände zwischen Japanischem Haus und Neuem Palais hat der Raseneisenstein den Gärtnern viel Not bereitet. Nach alledem kann man annehmen, daß Potsdam ums Jahr 1000 herum als ein Gelände bekannt war, das mit Sumpferz und Raseneisenstein reich ausgestattet war und als solches hohen Wirtschaftswert hatte. Für die Wenden war solch ein „Eisenwerk“, wie auch heute noch der Volksausdruck für ein stark von Oer durchzogenes Gelände in der Neumark heißt, eine besonders willkommenen Siedlungsstätte. Die von den wendischen Fischern in jenen vorgeschichtlichen Zeiten angelegte Schmiedewerkstätte erhielt also zu Recht den Beinamen „bei den Eisenschmelzen“, und aus dem slawischen „Potestam“ wurde dann unser Potsdam.

Die Wucherbekämpfung.

Nicht durch wilde Kontrollausschüsse!

Kommunistische „Kontrollausschüsse“ suchen, wie der Amtliche Preisdienst schreibt, in Berlin, Magdeburg und anderen Städten, „Preisprüfungen“ vorzunehmen. Diese illegalen Organisationen, die sich der Rötigung und Amisanzmahlung schuldig machen, haben an verschiedenen Stellen die Preise willkürlich herabgesetzt und Geschäfte, deren Inhaber angeblich zu hohe Preise gefordert haben, geschlossen. Es ist lediglich Aufgabe der Wucherpolizei, den Wucher zu bekämpfen und das Publikum gegen die Raubenschaften unläuterer Elemente im Handel in Schutz zu nehmen. Die Beamten der Wucherpolizei werden daher erneut angewiesen den Wucher mit allem Eifer und mit aller Energie zu bekämpfen. Wenn die Beamten der Wucherpolizei voll ihre Schuttpflicht tun, wird dieser illegalen kommunistischen Organisation, die schließlich eine allgemeine Verwirrung auf dem Lebensmittelmarkt zur Folge haben muß, der Boden von selbst entzogen. Das Publikum aber kann die Beamten wirklich dadurch unterstützen, daß es Beobachtungen über unläutere Raubenschaften der Händler der Polizei mitteilt und Eingekläufe zur Anzeige bringt.

Die geradezu katastrophalen Preissteigerungen der letzten Tage haben in der arbeitenden Bevölkerung große Beunruhigung hervorgerufen. Die Selbsthilfe wie sie die „Kontrollausschüsse“ in rauer Weise ausüben wollen, kann leicht in einer solchen Zeit die Unterstützung der erbitterten Käufer finden, wenn es den staatlichen Organen nicht gelingt, durch ihr einwandfreies Arbeiten das Vertrauen der Bevölkerung zu erwerben und auch zu behalten.

In Einsamkeit gestorben ist der frühere Droschkentreiber Paul Anders, der in Berlin im Hause Mittenwalder Str. 55 wohnte. Wegen eines Ischiasleidens, das ihn in letzter Zeit sehr quälte, arbeitete er nicht mehr und er konnte seit mehreren Wochen auch die Wohnung nicht mehr verlassen. Hausbesitzer riefen ihm, einen Arzt in Anspruch zu nehmen, aber er lehnte ab. Der

4) Eine Angstfafari.

Von Arthur Hege.

Der Vormann brauchte nicht erst mit ausgestrecktem Zeigefinger und halblauter Stimme zu sagen: „Bana Simbal“ (herr Löwe); ich dachte mir schon, was die runden Stapfen bedeuteten. Es war die erste Löwenspür, die ich sah, und unwillkürlich blickte ich mich bekümmert um, ob nicht der Löwe aus dem nächsten Busche spränge. Aber nichts regte sich in der weiten, weitverlorenen Einöde, und stumm folgten wir unsern Weg fort.

Es waren keine zehn Minuten vergangen, als wieder solche große Kopfspuren den Weg kreuzten und dann wieder und immer wieder. In einer Stelle führten gleich drei Paar dieser Fährten ein großes Stück die Straße entlang.

„Drei Löwen, sehr groß!“ sagte Awani, der Vormann. Ich nickte nur und stellte fest, daß es mir in dieser schönen Gegend leise unheimlich wurde.

Schon gegen drei Uhr erreichten wir die Stelle, wo nach altem Brauche die Karawanen dieses Weges zu lagern pflegen.

Auf vier Pfählen ruhte ein morsches, eingesunkenes Grasdach, Konseroendosen und zerbrochene Flaschen lagen um staubverwehte Feuerstellen herum, in einer Ecke ein zeretzter, zusammengeschrumpfter Automobilreifen.

Nach dem Essen streifte ich ein bißchen in der Umgebung umher, stieß auf eine starke Herde Zebros und Gaus und einige kleine Rudel von Schwarzjensen und Säbelantilopen, die mein Erscheinen nur in gemächliche Bewegung brachte. Aber zwischen den massenhaften Wildspuren unzählige Löwenspürten, überall und überall!

Zweifelnd betrachtete ich nach meiner Rückkehr das wackelige Dach, das in dieser angenehmen Gegend unsere Nachtruhe „beschützen“ sollte.

„Gibt es hier keinen besseren Platz zum Schlafen?“ fragte ich.

Awani sah mich entsezt an.

„Hier schlafen? — O nein, Bana. Hier bleiben wir nur am Tage, aber schlafen müssen wir dort in der Boma (Festung),“ sagte er und führte mich hin.

Die „Festung“ war eine natürliche, kreisförmige Dornen-

hecke, deren Zwischenräume mit stachlichem Gebüsch ausgefüllt worden waren. Ich ließ sie säubern und einen riesigen Haufen starkes Brennholz hineinschleppen.

Die rotglühende Scheibe der Sonne ruhte auf dem Horizont. Ströme von farbigem Licht verwandelten für kurze Augenblicke die öde Steppe in einen Märchengarten.

Ich ging schnell noch einmal die wenigen hundert Meter nach dem Schuttdache hinüber, um meinen dort vergessenen Feldstecher zu holen, fand ihn auch gleich und trat schon wieder hinaus, als mein Blick auf den alten Automobilreifen fiel und dort haften blieb. Ein Schauder lief mir den Rücken hinauf — über unseren eigenen zahlreichen Fußspuren, die wir vor einer halben Stunde noch hier getreten hatten, lief die Fährte eines ungeheuren Löwen! Mit einer der mächtigen Vorderpfoten war er mitten in den Kreis des Reifens getreten. Eine Weile stand ich wie erstarrt und stierte die stummredenden Spuren an, ein elendes Gefühl kalter Furcht hielt mich fest, ließ mich kaum wagen, mich umzusehen.

Da wurde es plötzlich dunkel, ohne Dämmerung und unvermittelt, wie es den Tropen eigen ist, und das Bewußtsein, daß jetzt in der Nacht die eingebildete Gefahr wirklich werden konnte, half mir die Schwärze abschütteln.

Ich trat hinaus, eben vertrock der letzte graue Tagesschein, und als wäre das ein Bedruck gewesen, wurden auf einmal ringsum in der nächtlichen Weite Stimmen laut, die mir das Blut zum Herzen und die Beine in flüchtige Bewegung jagten. Rauchend, röchelnd, anschwellend zu lang rollendem Donnern begrüßte das Gebrüll der Löwen die Nacht und den Beginn ihrer Jagd.

Erst kurz vor der Boma mähtigte ich meinen Angstgalopp und tat einige Hefe Schnauer, um nicht mit gar zu unziemlich atemloser Eile in den Kreis der Schwarzen zu treten.

Sie hatten schon zwei Feuer angezündet und standen mit Dornbüscheln bereit, den Eingang hinter mir zu verrammeln.

Unter hartem Kampfe mit der Landessprache und allgemeiner Heiterkeit machte ich dem Vormann klar, daß abwechselnd jeder Mann ein Stunde zu wachen und das Feuer zu schüren habe.

Ein läches Unwohlsein, dumpfer Druck im Kopfe und bleierne Müdigkeit in den Beinen überkam mich auf einmal; diese Anzeichen kannte ich schon — ein Malariaanfall.

Ich streckte mich auf mein Feldbett aus und schloß die

Augen; halblaut unterhielten sich die Träger, draußen in der Nacht dröhnte das Gebrüll der Löwen. Bald fing der Schüttelfrost an, mich zu rütteln, ich durfte den Anfall nicht erst schlimm werden lassen und holte die Chininfasche hervor.

Gerade steckte ich eine Pille in den Mund, da dröhnte in allernächster Nähe, ganz dicht an meinem Kopfe, ein kurzes, tiefes „Roach!“ auf, ein Laut, so erfüllt von ungeheurer tierischer Kraft und Wildheit, daß mir vor Schreck gleich die Chininfasche im Halse stecken blieb. „Heiliger Reptom!“

Mit einem Satz war ich vom Bett herunter und am Feuer, riß einen Brand heraus und warf ihn über den Dornenwall, dorthin, wo die greuliche Stimme erschollen war. Ein fauchender Laut, ein Krachen und der elastisch leichte Aufschlag eines schweren Körpers antwortete draußen in der Dunkelheit.

Das Schwagen der Leute war verstummt, mit weit aufgerissenen Augen und aschgrauen Gesichtern sahen sie einander an. Ich stand lauschend vornübergebeugt, am Lager war nichts mehr zu hören, doch ringsum war die Nacht erfüllt von dem unaufhörlich hallenden Gebrüll der jagenden Löwen. Bald näher, bald ferner knurrte, röchelte, heulte und brüllte es aus allen Himmelsgegenden.

Ich hatte mein Bett von den Dornen weg mehr in die Mitte rücken lassen, lag mit offenen Augen, den Stimmen der Wildnis lauschend, und klapperte mit den Zähnen. Welleicht war es nicht nur das Fieber. Aber ich möchte den kennen lernen, der in einer Gegend, die annahmte wie eine Zweigstelle von Hagenbecks Tierpark, nur durch eine windige Dornenhecke von ganzen Rudeln hungriger Löwen getrennt, waffenlos und land- und sprachfremd unter einer Schor fürchtbarer Neger, nicht mit den Zähnen geklappert hätte. Auch ohne Fieber. Und das schüttelte mich gehörig ab. Eine Zeitlang waren mir die Kältehafter förmlich den Körper hoch, und doch war mir der Gaumen heiß und ausgetrocknet, ich trank ganze Flaschen voll Tee aus. Dann begann der Kopf zu glühen, rote Reibel wogten vor den Augen, strömender Schweiß rann am Körper herab. Danach fühlte ich mich unfähig schlapp, aber doch leichter und besser.

Nach Mitternacht verstummten allmählich die Stimmen der Raubtiere.

„Sie haben gefressen und gehen nun nach Bura, um zu trinken,“ sagte Mwezi, der Kameraträger.

(Fortsetzung folgt.)

Verein sozialistischer Aerzte Deutschlands

Öffentliche Tagung im Berliner Rathaus.

Erster Tag.

Der Begründer des Vereins und Übersetzende Genosse Dr. Jabel begrüßte die zahlreich erschienenen hiesigen und auswärtigen Mitglieder und Gäste im Bürgeraal des Rathauses. Er führte aus, daß gerade die Aerzte, obwohl sie täglich sozial Elend sehen, nicht viele Sozialisten in ihren Reihen zählen, und führt das darauf zurück, daß sie sich eben wegen der Kostspieligkeit des Studierens nur aus bürgerlichen Kreisen rekrutieren, denen eben zum großen Teil auch ihre Herkunft das Mitgefühl mit dem Proletariat fehlt. Für uns Sozialisten ist nicht der freie Arzt das Ideal, sondern der in die Volksgemeinschaft eingegliederte, wie wir jetzt die Ansätze dazu in den hauptamtlich angestellten Fürsorgeärzten sehen. Wir sozialistischen Aerzte sehen die Hauptaufgabe des Arztes in der Vorbeugung und der Verhütung der dem Proletariat durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung drohenden gesundheitlichen Gefahren.

Dann sprach Genosse Staatssekretär a. D. Stadtrat Prof. Dr. Tandler, der oberste Leiter des Wiener Wohlfahrtswesens, über „Die Organisation der Wohlfahrts- und Gesundheitswesen im sozialistischen Sinne in Wien“. Genosse Tandler führte aus: Die Grundlage für eine erprobte öffentliche Wohlfahrts- und Gesundheitspflege bildet die sozialistische Mehrheit des Wiener Gemeinderats. Von 160 Mitgliedern sind 100 Sozialisten, die aus ihrer Mitte einen geschäftsführenden Ausschuss von 12 Personen wählen, darunter 8 Sozialisten. Genosse Tandler wurde von der Partei beauftragt, das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen im sozialistischen Sinne zu organisieren. Er gliederte es in fünf Abteilungen: Gesundheitsamt, Jugend-, Fürsorge- und Armenamt, geschlossene Anstalten und juristisches Dezernat. Zuerst mußte er den Bureaumatismus kappen, eine Aufgabe, die unter noch ständig harter und die Beamenschaft dazu erzuhlen, daß sie in den neuen Verhältnissen mit Lust und Liebe arbeitet. Es bestand schon ein ausgedehntes System der Wohltätigkeit, die wohl einen Anspruch auf einen guten Platz im Himmel begründen und eine Ausföhnung der großen Masse mit ihrem Elend bewirken sollte. Das sind für einen Sozialisten unmögliche Zustände, denn für uns gibt es keine Armen, die wegen ihrer Armut eines Almosen bedürfen, sondern um Menschen, die ein Anrecht auf Fürsorge haben. Die Organisation der einzelnen Kreise ist zum Teil die gleiche wie in Berlin, nur ist die Zentralisation strenger durchgeführt, da Wien eine einzelne Stadt darstellt, während Berlin eine Stadtgemeinde ist. Eine sehr wichtige Aufgabe, die zu lösen war, bestand darin, den Personen die öffentliche Fürsorge teilhaftig werden zu lassen, die deren auch bedürfen. Es bestanden sich nämlich z. B. in den Waisenanstalten sehr viele „Projektionsgeschöpfe“. Bei keiner Altersübernahme stellte Genosse Tandler fest, daß 10 Proz. der „Waisen“ sogar Vater und Mutter besaßen. Als Unterstützungssumme werden an Bedürftige in Wien jetzt 90 000 bis 180 000 Kronen pro Monat gezahlt. Von großer Wichtigkeit ist die Generalvorbereitung über die unehelichen Kinder. Alle Geburten werden durch das Standesamt dem Fürsorgeamt gemeldet, das durch Fürsorgeorgane die Bedürftigkeit feststellen läßt. Wien besitzt ein Zentrallinderheim und 56 Kinderheime, in denen auch die Mütter aufgenommen werden; früher wurden sie, wenn sie dort verweilen wollten, gezwungen, 3 bis 4 Monate lang fremde Kinder zu stillen. Diese Ausnützung der Notlage wurde sofort abgeschafft. — Die Kindererziehung der Amerikaner wird jetzt 80 000 Kindern zuteil. Während der Sommerferien werden 20 000 Kinder verschickt. Die Alimenteneintreibung, die 10 bis 15 Proz. des Einkommens des Vaters erfährt, ergab in den ersten vier Monaten des Jahres 1923 nicht weniger als 381 Millionen Kronen! Aus dem Budget der Stadt Wien, das 1200 Milliarden Kronen beträgt, erhält das Wohlfahrtsamt 400 Milliarden gleich 33 Proz., während die Stadt Berlin bei dem Haushaltsplan von 500 Milliarden Mark nur 125 Milliarden gleich 25 Proz. für die Wohlfahrtsaufgabe auswirft. Von dieser Summe sind aber 15 Proz. abzuziehen, da sie für das Wohnungs- und Siedlungsamt verwandt werden, während die betreffenden in Wien hierfür zur Verfügung gestellten Summen besonders im Etat aufgeführt sind. Wien mit seiner sozialistischen Mehrheit des Gemeinderats hat also 3 1/2 mal sozial für die Gesundheit seiner Bevölkerung übrig als Berlin! Dem Genossen Breiner, dem Leiter des Finanzamts, der durch sein genaues Steuersystem die wirklich Besessenen heranzieht, gebührt das Verdienst, in großzügiger Weise und in wahrhaft sozialistischem Sinne die notwendigen Mittel für die Zwecke der Wohlfahrts- und Gesundheitspflege bereitwilligst stets zur Verfügung gestellt zu haben. Genosse Tandler schloß mit den Worten: „Ein Volk, das durch eine private Fürsorge unterkühlt wird, könne nie im Klassenkampf bestehen, denn dadurch werden nicht freie Männer, sondern Sklavennaturen herangezogen.“

In der regen Diskussion beteiligten sich u. a. die Genossen Dr. Silberstein, Knad-Hamburg, Hingy, Dillendorf, Martha Waggodzin, Dippe, Dresden und Sachow. Der Vereinsvorsitzende, Genosse Stadtrat Dr. Silberstein, betonte in seinem Schlußwort, die Ausführungen des Genossen Tandler zeigten den Ärzten den Weg, als „geborene Anwälte der Armen“ im Sinne des Sozialismus und zum Wohle des Proletariats zu wirken.

Aerzte und Krankenkassen.

Der zweite Tag war dem aktuellen Thema „Aerzte und Krankenkassen“ gewidmet. Der erste Referent war Genosse Stadtrat Dr. Epstein-München. Die Sozialisierung des Gesundheitswesens bildet für uns das erstrebenswerte Ziel, dadurch werden Aerzte und Krankenkassen zu einem geschlossenen Ganzen vereint. Auf Seiten der Aerzteschaft fehlt hierfür aber noch die psychologische Einstellung, da die bürgerlichen Aerzte in einer Individualwirtschaft ihr Ideal erblicken. Trotzdem muß es im Interesse der Volksgesundheit zu einer Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen kommen. Für die Aerzte muß eine Befreiung der Erwerbsfragen durch zeitgemäße Bezahlung erfolgen, dadurch wird auch der „minderwertigen Randsarbeit“ infolge der Botsjägerie vorgebeugt. Die Kuppel des Versicherungsgedäubes muß

die allgemeine Volkversicherung

bilden, die alle Staatsangehörigen umfaßt. Dann muß auch der Arzt aus seinem veralteten Zwergbetriebe, und es müssen große Behandlungshäuser, ähnlich den Polikliniken, errichtet werden. Zweiter Redner war Reichstagsabgeordneter Genosse Prof. Dr. Großhahn. Er stellte folgende Forderungen auf: Die Zerspaltung im Krankenkassenwesen ist durch Zusammenfassung in Kreis- und Stadtkrankenkassen zu beseitigen. Die Kassenärzte treten in ein beamtenähnliches, gesetzlich geregeltes Verhältnis zu den Krankenkassen oder besser zu Arbeitsgemeinschaften, die von den Krankenkassen und Kommunalverwaltungen zu bilden sind. Sie üben im Verein mit den Krankenhausärzten und Fürsorgeärzten gruppenweise und gemeinschaftlich die Kassenpraxis aus, und zwar in Räumen, die sich an Kassenlokale, Krankenhäuser, Ambulatorien, Unfallstationen, Fürsorgestellen und sonstige der Gesundheitspflege dienende Anstalten anschließen. Zur Bekämpfung der für manche Krankheiten, besonders psychischer Art, und manche Kranke

berechtigten Bedürfnisse nach freier Arztwahl

steht dem Kassenmitglied das Recht zu, in jedem einzelnen Fall eine Barabkündigung der Verpflichtung der Kasse zur Lieferung von ärztlicher Hilfe und Heilmitteln zu verlangen. Jeder Arzt soll für einen Teil seiner Tagesarbeit in einem an eine Krankenkasse, Krankenhaus, Fürsorgestelle, Unfallstation oder sonstige der Gesundheitspflege dienenden Anstalt festgebundenen Dienstverhältnis stehen, für einen anderen Teil des Tages aber auch das Recht besitzen, freie Praxis auszuüben.

Der nächste Redner war Genosse Dr. med. Karl Kautsky-Wien, der über

Die Verhältnisse in Wien

aus der Praxis sprach. Von den 1 1/2 Millionen Einwohnern sind 1 1/2 Millionen in Krankenkassen, von den 4000 Ärzten sind 1000 mit fixem Einkommen von den Kassen angestellt. Die restliche halbe Million Einwohner kann nicht die 3000 frei praktizierenden Aerzte ernähren, und sind diese durch die Not so müde geworden, daß sie sich zu Hunderten um eine frei gewordene fixe Kassenarztesstelle bewerben. Ganz besonders kommt noch die allgemeine Verarmung dazu, die vielfach schon bei uns eine ärztliche Behandlung zu einer Luxusausgabe macht. Die allgemeine Not sowohl der Bevölkerung wie der Aerzte wird noch durch das Diktat des Völkerbundes vermehrt, der verlangt, daß noch in diesem Jahre 100 000 Staatsbeamte auf die Straße gesetzt werden, die dadurch aus der Krankenversicherung ausscheiden. Redner geht noch auf die Vorteile der fixierten und freien Kassenärzte ein. Die fixierten Kassenärzte sind materiell sichergestellt, erlauben sich aber sehr häufig eine Art preußischer Revierbehandlung. Die freien Kassenärzte arbeiten aber, um ihre Botszahl zu erhöhen, zusammen, indem sie sich gegenseitig Patienten zuschieben. Zum Schluß sagte Genosse Kautsky, daß nicht zwei Aerzte vorhanden wären wegen des schlechten Standes der Volksgesundheit, aber es fehlen die Mittel, die brachliegenden Kräfte nützlich für die Allgemeinheit zu verwerten. Die technische Unzulänglichkeit der Einzelbehandlung wurde von ihm gleichfalls bemängelt.

Der nächste Referent war Genosse Hyppolitus Knad-Hamburg, Mitglied der Bürgerchaft. Der Inhalt seiner Ausführungen ergibt sich am besten aus seinen Leitfäden: Grundlage des Gesundheitswesens bilden die staatlichen und kommunalen Organisationen und die durch die Sozialversicherung geschaffenen Einrichtungen. Ziel ist die

Uebernahme des gesamten Gesundheitswesens in den Gemeinbetrieb. Die Erreichung des Zieles ist abhängig von der Umstellung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in das sozialistische. Für die Zwischenzeit ist die Durchführung der Demokratisierung der Gesundheitsverwaltung in Reich, Ländern, Städten und Gemeinden zu erstreben. Die Mängel der jetzigen Krankenversicherung beruhen in der Zerspaltung der Krankenversicherung, in dem an Schärfe zunehmenden Gegensatz zwischen Ärzten und Krankenkassen und der mangelnden Reife großer Kreise von Versicherern für die Bedeutung der Sozialversicherung. Dazu kommt, daß auch bei unseren politischen Führern noch vielfach nicht das rechte Verständnis für die politische Bedeutung des Gesundheitswesens vorhanden ist. Nur allzuoft begegnet man auch in unseren politischen Kreisen der Auffassung, als sei das Gesundheitswesen etwas Unpolitisches, von der Parteikonstellation unabhängiges.

Der folgende Referent war Landtagsabgeordneter Genosse Dr. Wenzl. Er berichtete aus seiner Kenntnis der Berliner Verhältnisse und tritt

für die Planwirtschaft

ein, in der Regelung nach den Grundgesetzen von Nachfrage und Angebot stattfindet. Durch Einbeziehung aller noch nicht Versicherten, der Beamten und freien Berufe, kann die Leistungsfähigkeit der Kassen gestärkt und diese angehalten werden, die Bezahlung sofort und nicht erst nach einem halben Jahre vorzunehmen, wodurch die Kaufkraft des Geldes auf ein Drittel gesunken ist.

Genosse Dr. Lothar Wolff legte den Standpunkt der kommunistischen Aerzte zum Thema dar. Er verlangt: Vorläufige Beibehaltung der freien Arztwahl, Zentralisation der Krankenkassen und Krankenversicherungsräte, Zwangsversicherung der Gesamtbevölkerung mit rasch ansteigender Staffelung, gesetzlich georgeste

Befreiung der Krankenkassen mit Heilmitteln unterhalb des Weltmarktpreises

mittels eines der Heilmittelindustrie auferlegten Umlegeverfahrens und staatlich geregelten Arbeitsnachweises für Aerzte. Die letzte Referentin war Genossin Stadtverordnete Dr. Martha Waggodzin. Sie machte Vorschläge zur Erzielung von Ersparnissen, die sich durch Verminderung der schon von den Korredaktoren beklagten Zerspaltung der Krankenkassen ergeben. Dabei tritt sie, wie alle Vordröder, für Beibehaltung des § 182 der Reichsversicherungsordnung ein, welcher bestimmt, daß die Krankenkassen ärztliche Hilfe, aber nicht eine Barabkündigung zu gewähren haben.

In der folgenden Diskussion bezeichnete der kommunistische Redner, Genosse Dr. Klaber, die vorgeschlagenen Änderungen nur als Änderungsmittel, eine Gesundung könne nur nach Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung und Errichtung des kommunistischen Staatsideals erfolgen. Die sozialistischen Redner, Genossen Hirschfeld-Hamburg, Israel-Hagen, Roeder-Treptow, Korach-Berlin, Simon-Blauen, Schmidt-Schlegel, gaben noch manche wertvolle Anregung, wie unter den heutigen Verhältnissen Besserungen erzielt werden können. Genosse Albert Kohn, Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse, führte die schlechte Stellung der Krankenkassen auf die schon oft beklagte Zerspaltung zurück, indem die Erstattungskassen

hohe Beiträge und wenig Aufkosten

haben, während z. B. die USA. unter ihren Mitgliedern zwei Drittel Frauen hat, die durch ihre hohen Erstattungsbeiträge, Schwangerschafts- und Entbindungskosten die Kasse sehr belasten. Er tritt wie alle Redner für allgemeine Volkversicherung ein.

Von nicht sozialistischen Rednern sprach Herr Dr. Scheyer, Stellvertretender Vorsitzender des Groß-Berliner Ärztebundes. Er rühmte die ärztlichen Organisationen, die das Leben für die Aerzte erst erträglich machten, und sagte dann, die vorgefertigten Maßnahmen würden einen Ärztemangel zur Folge haben, der sich in zukünftigen Kriegen dann besonders bemerkbar machen würde. Aber selbst dieser Repräsentant der Berliner Ärzteorganisation wies den Vorwurf reaktionärer Bestimmung der ärztlichen Standesorganisationen, der von vielen Rednern erhoben wurde, zurück.

Genosse Dr. Silberstein-Neußölln entgegnete außerordentlich wirkungsvoll. Um 3 Uhr wurde die Tagung der sozialistischen Aerzte geschlossen. Die Genossen schieden in der Ueberzeugung, daß die wohlgeleitete und sehr gut besuchte Tagung überaus anregend, fruchtbar, lehrreich und von Wert gewesen sei und in hohem Maße dazu beigetragen habe, die Bedeutung einer neuzeitlichen Gesundheitspolitik als wichtig gerade für die in der Vereinigten Sozialdemokratie organisierte Arbeiterschaft darzulegen.

Wirtschaft

Reichsbankdirektorium und Goldpensionen.

Das Reichsbank-Direktorium sendet uns folgende von dem Präsidenten Havenstein und Geheimrat Kaufmann unterschriebene Berichtigung zu unseren Ausführungen in der Sonntagsausgabe:

Es ist unrichtig, daß innerhalb des Reichsbank-Direktoriums Besprechungen darüber stattgefunden hätten, was geschah sollte, wenn der Goldbestand der Reichsbank völlig aufgebraucht wäre. Es ist ferner unrichtig, daß die Reichsbankleitung erwogen habe, daß den Direktoren Goldpensionen sichergestellt werden sollten. Es sind vielmehr innerhalb der Reichsbankleitung zu keiner Zeit irgendwelche Erörterungen gepflogen worden, welche für die vorstehend als unrichtig bezeichneten Behauptungen eine Unterlage hätten geben können.

Demgegenüber halten wir unsere Darstellung aufrecht und ergänzen sie dahin, daß Herr Havenstein an der erwähnten Besprechung teilgenommen hat.

Stinnes in der Petroleumindustrie.

In seinem ungeheuer weitverzweigten Interessensbereich hatte der Stinneskonzern zwei Gesellschaften, die Erdölgewinnung — großen Teils durch Verschmelzung von Braunkohle und Verarbeitung von Teer — betrieben; die Riebeckischen Montanwerke A.-G. in Halle und die Dea Mineralwerke. Beht hat Stinnes auch die Mehrheit der Aktien der Aktiengesellschaft für Petroleumindustrie, kurz „Apl“, genannt, die ebenfalls die Erdölgewinnung auf chemischem Wege ausübt und dafür wichtige Patente besitzt, erwerben. In der Aufsichtsratsitzung der „Apl“ wurde nun am Montag mitgeteilt, daß die Riebeckischen Montanwerke maßgebenden Einfluß auf die „Apl“ gewonnen hätten. Die „Apl“ tritt dadurch in eine enge Interessengemeinschaft mit den beiden Petroleumwerken des Stinneskonzerns, so daß innerhalb des Machtbereichs des Schwerindustriellen Magnaten ein Braunkohlen- und Deltruff von großem Ausmaß entsteht. Der Trust erhält eine erhöhte Bedeutung dadurch, daß der Stinneskonzern auch im Zustand Besitzrechte auf Petroleumvorkommen hat, so daß hier der Grund zu einer sehr intensiven Produktion und Verarbeitung von Erdöl gelegt ist.

Die Konzentrationstendenzen in der Industrie zeigen eine auffallende Nehmlichkeit. Stinnes hat hier einen weiteren Schritt in die chemische Industrie getan. In ganz ähnlicher Weise hat die A.G. ihre in den Rütgerswerken betriebene chemische Produktion ergänzt, indem die Rütgerswerke mit der Deutschen Petroleum A.G. verschmolzen wurden. Es ist das nicht der einzige Fall, wo große Industriefirmen in ganz ähnlicher Richtung sich erweitern. Hatte doch erst kürzlich Stinnes den Kauf der Oberschlesischen Eisenindustrie A.G. durch die dem A.G.-Konzern nahestehenden Vintz-Hofmann-Werke dadurch beantwortet, daß er seinerseits durch den Erwerb der Bismarckhütte und der Rattowitzer Bergbau A.G. in die ober-schlesische Schwerindustrie, allerdings jenseits der Grenze, eindrang.

So setzt sich die Zusammenballung des Kapitals zu wenigen Unternehmerkonzernen, die ihrerseits von einzelnen ganz kleinen Personengruppen geleitet werden, unaufhaltsam fort. Die Macht des Kapitals wächst. Die Arbeiterschaft wird ihr nur dann begeben können, wenn sie sich fest zusammenschließt.

Die starke Steigerung der Großhandelspreise. Infolge der neueren Entwertung der Mark hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts von dem 7105fachen des Friedensstandes am 15. Mai auf das 9034fache oder um 27,1 v. H. am 25. Mai gehoben. In der gleichen Zeit stiegen die Lebensmittel von dem 5758fachen auf das 7034fache oder um 22,1 v. H., die Industriestoffe von dem 9624fachen auf das 12 774fache oder um 32,7 v. H., ferner die Inlandswaren von dem 6165fachen auf das 7748fache oder um 25,7 v. H. und die Einfuhrwaren von dem 11 808fachen auf das 15 463fache oder um 31 v. H. Infolge nachträglich eingegangener Nachweisung wurden die Indizes für vom 5. Mai (6239 statt 6188) und vom 15. Mai (7105 statt 7049) berichtigt.

Erhöhung der Kalkpreise. Der Reichskalkrat beschloß, die Kalkpreise um 27,5 Proz. zu erhöhen. Zugleich wurde der Sechserkommission des Reichskalkrats Vollmacht zu einer neuen Preis-erhöhung im Hinblick auf die kurz bevorstehende Kohlenpreiserhöhung erteilt.

Neue gewaltige Papierpreiserhöhung. Der Preis für Zeitungsdrukpapier wurde gestern auf 2550 M. je Kilo festgelegt, das ist gegenüber dem Preis von Anfang Mai, der der Bezugspreisberechnung für den letzten Monat zugrunde lag und 1550 betrug, eine Steigerung um 65 Proz. Zu dem gleichen Verhältnis mußten die Abonnementsgebühren in die Höhe gehoben werden, wollte man den Papierpreis den für den Bezugspreis maßgebend sein lassen.

Lage und Aussichten der Fleischversorgung. Das starke Steigen der Vieh- und Fleischpreise, das bereits vor der neuen Reichsbede-ter der Mark einsetzte, seitdem aber rapide fortgeschritten ist, hat die Bevölkerung besonders beunruhigt. Es ist tatsächlich heute schon so, daß das Fleisch ausgedörrt hat, ein Volksernährungsmittel zu sein, weil es eben für die arbeitenden Massen nahezu unerreichbar geworden ist. Mitte März, wo die Preise den tiefsten Stand der letzten drei Monate zeigten, bis Ende Mai sind die Preise für in- und ausländisches Fleisch auf das 2 1/2fache gestiegen, sind also stärker heraufgegangen, als der Durchschnitt der Großhandelspreise anderer Waren. Ochsen, Kälber und Schweine mittlerer Qualitäten waren am Berliner Viehmarkt in der letzten Zeit unter 4000 bis 5000 M. Lebendgewicht das Pfund kaum zu haben. Erschwerend kommt hinzu, daß selbst die Konkurrenz von ausländischem Gefrierfleisch auf die inländischen Fleischpreise keinen Einfluß hat, da dieses infolge der hohen Wäskala ebenfalls in rohemem Steigen ist und noch über den inländischen Fleischpreis hinausgeht. Die Aussichten der deutschen Fleischversorgung sind ungewöhnlich schlecht. Die schlechte Futtermittelernie der letzten Jahres hat dazu geführt, daß viele Viehzüchter große Abschaltungen vorgenommen haben, die anfangs auf den Fleischpreis drückten; jetzt fehlen diese Fleischmengen, die bei der immerhin verringerten Fleischproduktion Deutschlands eine große Rolle spielen. Nachdem in diesem Jahre der Stand der Weiden wesentlich besser ist als im vorigen Jahre, sucht man sich das zuzunutzen zu machen und die Bestände wieder aufzufüllen. So kommt es, daß insbesondere Rind- und Hammelfleisch verhältnismäßig knapp und teuer sind und daß mit einer Senkung dieser Preise zunächst nicht zu rechnen ist. Eine Besserung der Lage ist erst zu erwarten, wenn mit einer Stabilisierung der Währung die Einfuhr von Auslandsfleisch wieder lohnend wird.

100 000 Mark Geschäftsanteil eines Konsumvereins. An der Spitze der Genossenschaften, die der Geldentwertung und den damit verbundenen mitleidigen Zuständen auf dem Warenmarkt Rechnung tragend, die Mitgliederbeteiligungsanteile in erforderlicher Höhe herausgeben, befinden sich die Konsum- und Produktgenossenschaft in Lüdenscheid (Westfalen) und auch die Einkaufsvereinigung für Stettow, „Brema“ in Bremerhaven, die Geschäftsanteile von je 100 000 M. festgelegt haben.

Der Umfang des russischen Getreideexports. Nach amtlichen Mitteilungen beträgt die russische Getreideausfuhr im laufenden Erntejahr bis jetzt 22 Millionen Pud zu 16,38 Kilogramm. Der Getreideaufkauf für Exportzwecke liegt vorwiegend in Privat-hand, weil die russische Regierung nicht über genügend Mittel zur Aufnahme des gesamten Getreideüberschusses verfügt. Dem Soebenstand entsprechend wird in diesem Jahre mit einer wesentlichen Steigerungsmöglichkeit der Ernte gerechnet. Im Frieden überstieg die jährliche Ausfuhr 800 Millionen Pud.

Sonderabgabe vom russischen Außenhandel. Nach Mitteilungen der Sowjetpresse plant die Sowjetregierung mit Wirkung bis zum 31. Dezember d. J. eine Sonderabgabe von der Einfuhr und Ausfuhr einzuführen, deren Ertrag für den Kampf mit der Hungersnot und ihren Folgen verwendet werden soll. Die Abgabe soll in bestimmten Verhältnissen nach dem Wert der einzelnen Waren in Goldrubel bemessen und nach den jeweiligen Kursen in russischer oder fremder Währung erhoben werden.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurztabelle ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 1657,84 Geld, 1668,16 Brief; 100 österr. Kronen (abgef.) 85,03 Geld, 85,47 Brief; 1 tschechische Krone 1792,50 Geld, 1801,50 Brief; 1 ungar. Krone 11,42 Geld, 11,48 Brief; 1 bulgarische Leva 688,40 Geld, 641,50 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 641,30 Geld, 641,61 Brief. Eine Polenmark kostete im freien Verkehr etwa 1,06 Mark.

